

Bonn, Montag 20. November 1972

Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, Filbinger, [Goppel], Hahn, Hasselmann, Kaltefleiter, Katzer, Kiep, Köppler, Kohl, Kraske, Lampersbach, Langguth, Lemke, Lorenz, Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Wex, Windelen.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 13.00 Uhr

Lage nach der Bundestagswahl. Verschiedenes.

LAGE NACH DER BUNDESTAGSWAHL

Barzel: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstands und heiße Sie willkommen. Ich begrüße außerdem als Gast sehr herzlich Herrn Ministerpräsident Dr. Goppel. Wir werden heute darüber zu sprechen haben, was jetzt zu tun ist. Als allererstes haben wir jetzt unsere Pflicht zu tun und von diesem Vorstand aus der Partei jene Kraft zu geben, auf die sie Anspruch hat, und die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu integrieren, die uns in einer so hervorragenden Weise im Wahlkampf geholfen haben. Also, hier unsere Pflicht jetzt zu tun und uns nicht hier irgendwie verrückt machen lassen, sondern Vorbild sein.

Wir haben nicht nur unser Ziel nicht erreicht, sondern eine empfindliche Niederlage eingesteckt.¹ Daran ist nichts zu beschönigen. Und diese Niederlage ist um so schlimmer, als sie uns unvorbereitet traf. Es gab keinen Wahlkämpfer, es gab keinen Berater, es gab keine demoskopische Erkenntnis, die diesen Trend vorhergesehen hätten. Das traf uns also gestern alle eigentlich sehr unerwartet. Wir werden alles zu diskutieren haben, was sich jetzt ergibt, hier und auch später in der Sache, von mir aus auch alles Personelle, wobei der Nachdruck liegt auf „alles“. Und es muß von hier aus auch sofort der Wille ausgehen, diese Koalition zu bekämpfen, also die neue Rolle positiv anzunehmen, die Rolle der Opposition zum zweiten Mal. Das, was wir gelernt haben, ist, daß die Basis, die Mitgliedschaft und die Aktivität dort unten an der Partei durch überhaupt nichts zu ersetzen sind. Dort werden wir wesentlich stärker als bisher arbeiten müssen.

Wir sind uns im Präsidium darüber einig geworden, daß wir eine Klausurtagung machen wollen, wenn möglich mit der Führung der CSU zusammen, um die Analysen – soweit sie vorliegen – von Herrn Kaltefleiter und anderen einzeln zu erörtern. Das

¹ Ergebnis der Bundestagswahl vom 19. November 1972: SPD 45,8 %, CDU/CSU 44,9 %, FDP 8,4 %.

wird vor Weihnachten kaum möglich sein. Auf der anderen Seite werden wir uns über die Strategie der Opposition im siebten Bundestag klar werden müssen. Wir werden sicher u. a. die Frage zu beantworten haben, ob wir sehr gut beraten sind, mit unseren vielen eigenen hervorragenden Gesetzentwürfen erneut hervorzutreten, die dann die anderen sich als Erfolg anstecken können. Ich glaube, es wird besser sein, zunächst ein bißchen weniger initiativ zu sein. Aber ganz klar wird als erstes von uns verlangt eine Entscheidung hinsichtlich des Grundvertrages. Brandt will ja am 8. Dezember unterschreiben², bevor der Bundestag zusammentritt, so hören wir. Und dazu werden wir ein Votum erarbeiten. Ich habe das Präsidium der CDU eingeladen für den 4. Dezember. Ich werde mich auch morgen mit Herrn Dr. Strauß darüber verständigen, daß wir vielleicht eine gemeinsame Sache daraus machen und die Kreise ein bißchen erweitern.

Wir müssen uns als Partei darüber im klaren sein, daß das Wesentlichste an dieser Niederlage ist, daß die SPD uns überrundet hat, daß wir nicht mehr stärkste Partei sind mit der CSU zusammen. Dies ist das böseste an dem Ergebnis für uns als Partei, und wir müssen ganz klar sehen, daß die SPD auf dem Marsch ist, selbst allein Mehrheitspartei zu werden. Dies muß verhindert werden und dies wird eine unserer Hauptaufgaben, eigentlich die größte Hauptaufgabe sein.

Was die Fraktion betrifft, so werden wir morgen die alte und die neue Fraktion zusammenhaben. Da werde ich einen Bericht geben und Herr Professor Kaltefleiter eine erste Analyse, soweit das möglich ist. Ich habe die Absicht, die Fraktion dann in der nächsten Woche zu konstituieren, weil wir natürlich auch dort uns vorbereiten müssen auf die Entscheidungen, die noch im Dezember zu fällen sein werden.

Ich möchte noch einmal herzlich danken Ihnen allen, auch unseren Freunden draußen, den Kandidaten, die es geschafft haben und die es nicht geschafft haben, und möchte nur sagen, die Pflicht, jetzt für diese Partei zu arbeiten, ist durch das Ergebnis nur größer und nicht geringer geworden. Wir sollten jetzt alles diskutieren. Es gibt keine Frage, die ein Tabu ist, keine sachliche und keine personelle Frage. Ich bin bereit über alles zu diskutieren, was Sie möchten und bin auch gerne bereit, noch einen Schritt weiterzugehen. Aber das Parteipräsidium ist der Auffassung, daß das, was ich bisher berichtet habe, so richtig ist.

Ich würde es jetzt eigentlich, wenn Sie erlauben, für richtig halten, gleich Herrn Kaltefleiter das Wort zu geben, damit er uns etwas mehr sagen kann über das von gestern Abend. Wie lange werden Sie ungefähr uns zu berichten haben, Herr Kaltefleiter? (*Kaltefleiter*: Nicht sehr lange.) Nicht sehr lange. Wollen wir eben den Kaffee austeilen? (*Unruhe*.) So, alle versorgt? (*Unruhe*.) Dann bitte ich um Aufmerksamkeit für Professor Kaltefleiter.

Kaltefleiter: Herr Dr. Barzel, meine Damen und Herren. Ich habe im Moment noch nicht die Möglichkeit, wirklich in eine detaillierte Analyse einzutreten.³ Das wäre vorzeitig und würde der Sache nicht dienen. Was man nach dem ersten Durchblick der

2 Der Vertrag wurde am 21. Dezember 1972 unterzeichnet. Vgl. Nr. 26 Anm. 8.

3 Vgl. KALTEFLEITER.

Zahlen, die ich heute morgen bekommen habe, sagen kann, sind zwei Dinge: Das erste ist, daß ich leider die Bemerkung von Ihnen, Herr Dr. Barzel, daß es sich um mehr als nur einen Ausrutscher handelt, unterstreichen muß, und ich bitte Sie, sich wenigstens einer Sache klar zu sein. Die Fernsehanstalten waren zwar gestern abend freundlich und haben immer dieses Ergebnis mit dem der Bundestagswahl 1969 verglichen. Das war ein ausgesprochen schmeichelhafter Zug, denn ich darf Sie daran erinnern, daß 1969 insofern ein abnormes Ergebnis war, als wir mit fast 5 % einen Anteil von „Sonstigen“ hatten, insbesondere NPD, während das dieses Mal auf etwa 1 % reduziert ist. Und wie bereits bei den vergangenen Landtagswahlen können Sie auch aus diesem Ergebnis heraussehen, daß die CDU von diesem Kuchen der „Sonstigen“, den es zu verspeisen galt, den überwiegenden Anteil bekommen hat, also sagen wir mal etwa 2 bis 2,5 %. Wenn dann trotz dem Nettosaldo ein Verlust von etwa 1 % gegenüber 1969 herausgekommen ist, so bedeutet das, daß de facto an die Koalitionsparteien etwa 3,5 bis 4 % verloren gegangen sind, von denen jedoch einen Teil durch Gewinne von den Splitterparteien, insbesondere NPD, kompensiert werden konnte. Das ist regional sehr unterschiedlich, und ich will jetzt gar nicht hier bagatellisieren den relativen Erfolg insbesondere der CSU in Bayern und auch der CDU in Hessen; aber zu einem gewissen Anteil, nicht einem großen, in Bayern wohl einem größeren als in Hessen, spielt es auch eine Rolle, daß hier der kompensatorische Effekt ein ganz klein wenig größer war. Das zum ersten.

Zum zweiten, ich könnte eigentlich feststellen, daß insgesamt – wenn ich mir die Zahlen der Volkszählung vornehme, die die Grundlage für unsere erste Analyse stets darstellen – wir keinen deutlichen Trend beobachten können. Wenn ich z. B., um nur einige Möglichkeiten mal herauszugreifen, alle Wahlkreise sortiere nach den höchsten oder nach den geringsten Verlusten der CDU und der SPD, dann wechseln diese Wahlkreise in steter Reihenfolge ab mit FDP-Stimmenanteilen von 10 bis 4 %. Wir können also nicht ohne weiteres sagen, wo die SPD stark gewonnen hat, hat die CDU verloren oder umgekehrt. Oder Sie sortieren die Wahlkreise nach städtischen oder ländlichen Gebieten und schauen sich dann die Verluste oder auch die relativen Gewinne der CDU an, ergeben sie ebenfalls kein deutliches Bild, mit einer Ausnahme – und ich glaube, das kann man heute sagen, obwohl das eine gewagte Aussage ist, aber die würde ich halten: Der Einbruch ist primär erfolgt nicht in den Großstädten und nicht in den ländlichen Gebieten, sondern in den mittelstädtischen Regionen. In den mittelstädtischen Regionen ist der Anteil der CDU-Verluste überdurchschnittlich groß, ist der relative Anteil bezogen auf 1969 teilweise auf etwa 75 % gesprungen. Aber das gibt einen ersten Hinweis, den man aus den Aggregatzahlen sehen kann und der uns noch mehr beschäftigen wird.

Wenn wir uns anschauen das Ergebnis der CDU insgesamt bundesweit, dann können wir feststellen, daß die CDU, wenn ich das Stimmenergebnis von gestern auf 100 % setze, 70 % ihrer Stimmen bereits in der Bundestagswahl 1969 und in den vergangenen Landtagswahlen hatte. 30 % der Stimmen von dieser Wahl kommen aus anderen Quellen. Etwa 6,5 % sind Wähler, die unmittelbar nach der Bundestagswahl 1969 die SPD verlassen haben. Weitere 5 % sind Wähler, die in den letzten zwei Jahren

während der Legislaturperiode die SPD verlassen haben und etwa 5 % sind Wähler, die früher mal bei der CDU waren, zwischendurch bei der SPD waren und jetzt wieder bei der CDU gelandet sind. Die weitere Gruppe von etwa 6 % des Stimmenanteils kommt von Sonstigen, Unentschiedenen usw.

Wenn wir uns demgegenüber anschauen das Wahlergebnis der SPD von 1972, dann haben Sie hier nur 45 % der Wähler, die bereits vor drei Jahren SPD gewählt haben. 10 % kommen aus der CDU bereits nach der Regierungsbildung von 1969, und noch einmal 7 % sind etwa im letzten Jahr von der CDU hinübergewechselt. Auch hier gibt es dann noch viele kleine Ströme.

Die größte Veränderung haben wir bei der FDP. Der FDP-Stimmenanteil, der bereits vor drei Jahren dort war, beträgt nur etwa 40 %. 10 % sind SPD-Wähler von 1969, etwa 10 % sind aber auch CDU-Wähler von 1969. Noch einmal 16 % sind in den letzten 1½ Jahren von der SPD zur FDP gewechselt, während der Anteil derjenigen, die in letzter Zeit von der CDU zur FDP gewechselt sind, sehr gering ist.

Diese kurze Übersicht über die Wählerbewegung, verbunden mit der Tatsache, daß man, was das CDU-Ergebnis betrifft, keinen einheitlichen Trend beobachten kann, mit Ausnahme des Einbruchs in den Mittelstädten, führt mich zu folgender Schlußfolgerung: Die Verluste der CDU/CSU sind nicht zu erklären durch spezifische, sozialpolitische Faktoren. Vorbehaltlich einer genaueren Analyse glaube ich nicht, daß wir zu dem Ergebnis kommen werden, daß in irgendwelchen besonderen Gruppen die CDU besonders verloren habe, sondern daß es sich hier um ein Trendergebnis handelt. Anders sieht es formal bei der SPD und FDP aus, wenn ich die beiden getrennt betrachte. Aber gerade die Tatsache, daß es hier so ständig durcheinander geht, wie ich versuche zu skizzieren, führt mich zu der Hypothese, daß wir das Wahlergebnis besser verstehen, wenn wir SPD und FDP zum großen Teil als eines betrachten und daß es zum großen Teil eine Frage von regionalen, vielleicht sogar lokalen Faktoren ist, ob der Stimmenverlust der CDU zugunsten der SPD oder zugunsten der FDP gegangen ist. Hier ist, glaube ich, der Begriff der „Koalitionswähler“ der richtigere. Das ist das, was für uns das Entscheidende ist. Warum die nun im einen Fall zur SPD oder im anderen Fall zur FDP gegangen sind, bedarf sicher einer gründlichen Analyse der einzelnen Wahlkreise. Einen bundespolitisch plausiblen Trend kann ich nicht finden.

Ich frage mich nach dem Grund, warum der bundespolitische Trend in dieser Form gelaufen ist und warum – auch diese Frage möchte ich aufgreifen – Sie, Herr Dr. Barzel, nicht vorgewarnt waren, daß so etwas kam. Diese Bundestagswahl stand in einem Spannungsfeld, und – wenn Sie wollen – in einem Magnetfeld von zwei gegensätzlichen Polen. Da stand auf der einen Seite nach der Frage der wichtigsten Aufgaben als Spitzenaufgabe die Frage der Stabilität des Geldes und die Stabilität der Preise. Das ist auch heute noch unverändert. Gerade die Umfragen aus der allerjüngsten Zeit bestätigen das, und die hohe Kompetenz der CDU auf diesem Gebiet scheint auch nicht bestritten zu sein.

Ich glaube nicht, daß die Ergebnisse vom letzten Donnerstag, die ich von der Forschungsgruppe von Herrn Wildenmann bekam, folgern lassen, daß dort eine Regierung aus CDU/CSU weniger leistungsfähig sei. Ich habe den Eindruck, ich habe mich

auch mit den Mannheimern inzwischen mal darüber unterhalten, daß der Stimulus Regierung in dieser Fragestellung das Ergebnis z. T. verzerrt.

Zum dritten hatten wir die Tatsache, daß die SPD aber bei praktisch allen anderen Aufgaben als die leistungsfähigere Partei dastand. Hier hat sich gegenüber 1969 nichts geändert. Die Imageverbesserung der CDU fand sich ausschließlich im Bereich der Geldwertstabilität, nicht der Arbeitsplatzsicherung, und noch ein wenig in der Kriminalitätsbekämpfung. Aber das ist in diesem Fall nicht von so großer Bedeutung.

Damit ergab sich die einzige Möglichkeit, die hier versucht wurde, nämlich über das Thema der Preisstabilität dieses Wahlergebnis so gut wie möglich zu gestalten. Angesichts der Tatsache, daß die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in diesem Lande bis in den Sommer hinein stark negativ beurteilt wurden, lag darin eine reale Chance. Wir können aber feststellen, daß im Laufe des letzten halben Jahres, nach einer kurzen Unterbrechung im Sommer, wahrscheinlich bewirkt durch den Rücktritt Schillers, die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten tendenziell wieder positiver wurden. Wir müssen hier auch feststellen, daß es der SPD in der Regierung gelungen ist, den ökonomischen Pessimismus im letzten halben Jahr zurückzudrängen und wahrscheinlich auch noch in der letzten Phase des Wahlkampfes. Aber das ist hypothetisch, dazu habe ich noch keine Zahlen. Und hier scheint, wenn überhaupt, das Thema „Grundvertrag“ hineinzuwirken. Der Grundvertrag, verbunden mit den anderen Faktoren des Wahlkampfes, hat sicherlich indirekt gewirkt, aber er hat offensichtlich dazu beigetragen, daß die Chance, einen Inflationswahlkampf zu bekommen, nicht voll ausgeschöpft werden konnte. Wir haben im Grunde genommen für das CDU-Ergebnis eine ähnliche Erklärung wie 1969. Auch dort galt die CDU durchweg als die weniger leistungsstarke Partei in der großen Bandbreite der verschiedenen Aufgaben. 1969 erfolgte eine gewisse Kompensation dieses Ergebnisses durch den populären Kanzler im Amt. Dieses Mal lag der Amtsbonus des Kanzlers jedoch auf der anderen Seite, und damit kamen die Imageschwächen der CDU voll zum Tragen.

Ich habe gestern abend in einer ersten Besprechung kurz darauf hingewiesen, daß man dieses Ergebnis in der Relation sehen müsse, daß es im Regelfall einer Partei nicht gelingt, innerhalb einer Legislaturperiode ihre Imageschwächen auszubügeln. Das soll nicht als ein leerer Trost verstanden werden, aber es ist eine Erfahrung, auf die man vielleicht auch aufbauen kann. Das mag etwas abstrakt und theoretisch klingen in diesem Augenblick, aber vielleicht sollten Sie doch einen Moment daran denken, das Wechselspiel von Regierung und Opposition in einem demokratischen System hat die Zielsetzung, eine langjährigen Regierungspartei, wenn sie in den Augen der Wählerschaft nicht mehr attraktiv erscheint, gewissermaßen durch den Jungbrunnen der Opposition zu schicken. Und ein dreijähriger Kuraufenthalt – ja, Herr Kohl, da schütteln Sie mit dem Kopf, ich halte an dieser These trotzdem fest – ein dreijähriger Kuraufenthalt in der Opposition reicht für die Sache möglicherweise aus, das will ich nicht beurteilen, das mag ich nicht beurteilen, aber wir können sehen, daß für unsere Attraktion bei der Wählerschaft diese Zeit nicht ausgereicht hat. Und so war eben dieses Argument „Drei Jahre sind nicht genug“ dieses Mal genauso stark wie „20 Jahre sind genug“ vor drei Jahren. In dieser Kombination scheint mir die entscheidende

Schwäche zu liegen, und deshalb würde ich daraus auch die Schlußfolgerung ziehen: Die Reaktion für die Situation von 1976 wird sein, das Image der Leistungsfähigkeit der Partei auf dem großen Spektrum von Aufgaben abzurunden. Das ist das Entscheidende. Ist in der Frage der Preisstabilität, einem Teil der Wirtschaftspolitik, in diesen Jahren ein Erfolg erzielt worden, dann ist das ein Anfang, reicht aber ganz eindeutig nicht aus. Das andere muß hinzukommen.

Das gleiche Problem, was wir aber auch sehen können, ist, daß die Ausgangssituation, die in diesem Spannungsverhältnis liegt, die ich versuche zu beschreiben, nicht so ungünstig war, wie es das Wahlergebnis darstellte. Die Frage einer Mehrheitsbildung mußte mit großer Skepsis betrachtet werden; ich glaube, da war es ruhig, da hat es nie Euphorie gegeben. Aber die Frage einer weiteren Führung der CDU/CSU vor der SPD schien auch nicht gefährdet zu sein. Wenn das dann trotzdem der Fall ist, dann, glaube ich, kommt ein zweites hinzu, und zwar, daß hinter diesem Image der verschiedenen Leistungsschritte dieser Partei auch stand das allgemeine Image der mangelnden Modernität, der mangelnden Fortschrittlichkeit usw. und ihre geringe Verankerung in den Meinungsführern, in der veröffentlichten Meinung und im übrigen gesellschaftlichen Bereich. Und auch hier, meine ich, können wir aus den Erfahrungen der letzten drei Monate einige positive Rückschlüsse ziehen. Ich habe den Eindruck, daß es noch nie in einem solchen Umfange gelungen ist, Meinungsführer im sozialen Bereich für die CDU zu gewinnen. Um die Imageveränderungen, die notwendig sind, durchzuführen, oder besser Imageaufpolierungen, Imageverbesserungen, ist es eine naheliegende Möglichkeit, sich dieser Meinungsführer im sozialen Bereich zu bedienen. Sie dürfen nicht als Wählerinitiativen jetzt 3 ½ Jahre liegen bleiben, sondern deren Aufgabe, wenn sie mobilisiert werden können, muß morgen beginnen.

Es tut mir leid, daß ich Ihnen heute noch nicht mehr sagen kann, aber in diese Richtung würde ich suchen bei der Weise der Interpretation des Ergebnisses. Ich danke Ihnen. (*Beifall.*)

Barzel: Ich danke Herrn Professor Kaltefleiter für seine Analyse und für alle Arbeit, die er mit uns gehabt hat. (*Starke Unruhe und Diskussion.*) Wird das Wort gewünscht?

Langguth: Wie war das Kriterium Jungwählerwahlen? Gibt es darüber Aufschlüsse?

Kaltefleiter: Aus den Wahlkreisdaten sind keine signifikanten Unterschiede erkennbar.

Stoltenberg: Ich glaube in der Tat – das war auch die einhellige Meinung im Präsidium, die Auffassung des Vorsitzenden, die er hier eben wiedergegeben hat –, daß wir uns hier auf eine erste Analyse beschränken müssen und daß wir am Schluß, das ist ja auch die Absicht des Vorsitzenden, über ein paar weitere Termine sprechen müssen, um im engen Zusammenwirken mit der neuen Fraktion und dann aber auch in der Verantwortung des Vorstandes besonders für die genauere Wahlanalyse und die organisatorische Arbeit der Partei die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, für die Kooperation mit der Fraktion für die allgemeine politische Strategie in einer wesentlich schwieriger gewordenen Oppositionssituation und für die Arbeit der Partei auch die

Punkte, die Herr Kaltefleiter hier zum Schluß erwähnt hat, die langfristigen Probleme, die sich für uns stellen, wobei ganz sicher die weitere Festigung unserer organisatorischen Basis und die stärkere Verankerung der sogenannten Meinungsführern, der sozialen Gruppierungen für uns eine Lebensfrage ist. Eine Lebensfrage, bei der nun erst mal die volle Wucht einer Großorganisation, ich meine, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, mit ein entscheidender Mobilisierungsfaktor gegen uns war. Einer Großorganisation, man könnte andere nennen, die das nicht mit dieser Deutlichkeit getan haben, aber es entstehen natürlich ähnliche Wirkungen. Wie auch leider in manchen Gruppierungen der Evangelischen Kirche, stärker als wir es noch in der Vergangenheit gekannt haben.

Das sind, glaube ich, Fragen, die alle einer eindringlichen Debatte bedürfen. Wir müssen uns heute wahrscheinlich auf einige Anmerkungen beschränken. Ich möchte hier noch einmal unterstreichen, was wir alle gestern in den ersten Reaktion im Fernsehen, in der Presse, gegenüber den Zeitungen gesagt haben, alle Mitglieder des Präsidiums einvernehmlich, daß wir uns von unserem politischen Gegner keine Personaldiskussion aufzwingen lassen dürfen. Die Fraktion muß sich konstituieren und ihre Entscheidungen treffen. Die Mandate in der Partei sind durch den Parteitag vergeben. Es gibt nach meiner Auffassung überhaupt keinen Grund, jetzt in dieser Zeit einer sehr kritischen Neuformierung der Partei eine Personaldebatte zu führen. Wir haben das öffentlich gestern ja alle miteinander gesagt, wir brauchen das hier deswegen gar nicht besonders zu wiederholen, daß wir den persönlichen Einsatz, das Engagement unseres Vorsitzenden und Spitzenkandidaten alle miteinander würdigen und anerkennen und daß wir trotz der kritischen Analyse, die wir auch beim Wahlergebnis im Hinblick auf die Wirksamkeit unterschiedlicher Personenkombinationen dann hier nüchtern führen müssen – das ist ein rein politischer Vorgang – die politische Leistung unseres Vorsitzenden und aller, die hier für uns tätig waren, hier doch besonders heute hervorheben und auch anerkennen sollten.

Zum Wahlausgang selbst muß man sehr offen sagen – Herr Kaltefleiter hat es nicht so deutlich gesagt –, daß hier doch ein regionales Gefälle sehr sichtbar ist. Daß uns das Ergebnis in Schleswig-Holstein sehr bedrückt, brauche ich nicht zu sagen. Daß das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen und Bremen nicht viel besser ist, das sind alles ganz erstaunliche Vorgänge, die man noch einmal genau untersuchen muß. Dem gegenüber eine leicht verbesserte CDU in Hessen, eine fast ganz stabile CDU in Baden-Württemberg und eine stabile CSU mit leichten Verbesserungen in Bayern. Dieses Thema der stärkeren regionalen Ausprägung im Wählerverhalten in einem Umfang, wie wir es bisher nicht gekannt haben, auch mit einer klaren geographischen Gefällesituation, muß uns hier eingehend beschäftigen. Das wird auch eine Rolle nachher spielen müssen in der Selbstkritik, aber auch die zentrale Wahlkampfanlage ist hier noch einmal zu erörtern. Etwa in der personellen Gruppenpräsentation ist es sicher so, daß wir im norddeutschen Raum mit dieser engeren Gruppierung der Kernmannschaft – wir haben darüber hier ja vorher gesprochen über das Für und Wider – im Erreichen der Randwählergruppen, um die ging es ja, gerade wegen der landsmannschaftlichen Herkunft von Brandt aus Lübeck und Schmidt aus Hamburg-Bergedorf der überdurch-

schnittlich starken Wirkung der beiden Spitzenkandidaten der SPD unterlegen sind. Brandt hat in diesem Raum insgesamt eine persönliche Wirkung erreicht, die offensichtlich ungleich größer war als in Bayern und Baden-Württemberg. Und dafür gibt es doch sicher ein paar Anhaltspunkte, warum das so ist, ein paar Anhaltspunkte, die in dieser landsmannschaftlichen Konstellation auf beiden Seiten liegen. (*Unruhe und Heiterkeit.*)

Ich glaube ferner, daß der Hinweis, der hier schon gegeben wurde, wichtig ist, daß ein entscheidendes psychologisches Handikap für uns die verkürzte Wahlperiode war, der es den anderen ermöglicht hat, den Eindruck zu erwecken, man habe keine faire Chance gehabt, man habe die 2½ Jahre im Grunde nicht ausreichend nutzen können durch die knappen Mehrheitsverhältnisse. Und dieses Empfinden, daß die volle Wahlperiode ihnen nicht zur Verfügung stand, dürfte in den Grenzwählerschichten eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Im übrigen möchte ich noch einmal unterstreichen, daß es wohl unsere wesentliche Aufgabe ist, die eigene Partei zu festigen und diejenigen Kräfte, die zu uns gekommen sind im Rahmen der Initiativen, der örtlichen Initiativen, der Multiplikatoren, in den nächsten Monaten intensiv anzusprechen, in unsere Arbeit zu integrieren, damit wir das Defizit an organisatorischer Stärke, das hier sichtbar geworden ist – SPD plus gesellschaftliche Gruppierungen – auf unserer Seite so ausgleichen können, daß sich hieraus nicht eine langfristige Entwicklung der CDU zur Minderheitenpartei ergibt. Die große Gefahr dieses Ergebnisses ist, daß wir langfristig die Minderheitenpartei in Deutschland werden, irgendwo mit 43, 45 % gegenüber einer festgeschmiedeten Koalition der SPD und FDP mit einer führenden SPD, die natürlich den Versuch machen wird, das nächste Mal im Sinne der Wehnerschen Strategie zur absoluten Mehrheit vorzudringen. Und dieses Problem, das Herauskommen aus der Minderheitensituation, der strukturellen Minderheitensituation ist für uns eine Existenzfrage, auch wenn wir an die in den kommenden vier Jahren vor uns liegenden Landtags- und Kommunalwahlen denken.

Lorenz: Ich wollte eigentlich nur eine Frage stellen an Herrn Kaltefleiter, die will ich jetzt mal vorwegschicken und dann noch ein paar Worte anhängen. Sie haben hier mehrfach, nach meiner Auffassung zu Recht, auf die Wirkung des schlechten Images der CDU in bezug auf das Wählerverhalten hingewiesen. Das kann doch offenbar in der gleichen Weise nicht für Landtagswahlen zutreffen. Ich würde gerne mal eine Erklärung dafür haben, wo der Hintergrund dafür ist. Selbst wenn ich also weiß, daß das Verhalten der Wähler bei Landtagswahlen und Bundestagswahlen unterschiedlich sein kann. Wie ist es dann möglich, daß wir praktisch alle Landtagswahlen gewonnen haben und nun die Bundestagswahl so eklatant verloren haben? Früher war es bei der SPD ja auch ähnlich, es muß also da irgendwelche Begründungen geben.

Ich möchte jetzt noch folgendes sagen: Ich glaube allerdings, daß die Frage des schlechten Images und der Tatsache, daß die Wähler uns Leistungen offenbar doch in weiten Kreisen nicht so zutrauen wie der SPD, uns zu einer Diskussion über unser Verhalten veranlassen und dann unsere Entschließungen bestimmen sollten. Richtig ist, daß wir auch alles vermeiden müssen, um auf die Dauer die zweitstärkste Partei in

Deutschland zu bleiben. Nur mit diesem Entschluß allein wird das nicht gelingen, sondern ich glaube, daß das eine Strategiediskussion sein muß. Wir müssen sehen, wenn uns viele Leute Leistungsschwäche und auch mangelnde Modernität vorwerfen, daß das, wenn Sie sich mal die Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft und auch teilweise unsere Politik in manchen Bereichen der Gesellschaft ansehen, gar nicht so unbegründet ist. Zumindest ist es doch so, daß in weiten Teilen unserer Mitgliedschaft und Anhängerschaft bestimmte Übereinstimmungen von modernen Entwicklungen zur politischen Zielsetzung noch nicht in genügender Weise bewältigt worden sind, auch nicht in unseren eigenen Reihen. Deshalb müssen wir nun nicht ein neues Programm entwickeln, aber wir brauchen eine länger anhaltende, sehr offene Diskussion innerhalb der Partei, die eine neue Strategie ergeben muß, die uns von diesem schlechten Image entfernt. Ich bin auch der Meinung, daß jetzt Personaldiskussionen zu diesem Zeitpunkt auf keinen Fall geführt werden dürfen. Wir sind alle dankbar unserem Vorsitzenden und der Mannschaft für das, was sie an Einsatz in dieser Wahl geleistet haben. Mir kommt er sehr darauf an, daß es uns gelingt, im Laufe des nächsten Jahres bestimmte Bewußtseinsschwächen, die wir haben in unserer Partei, deutlich zu machen und durch eine Diskussion dann überwinden zu helfen. Und dabei müßte meines Erachtens Hand in Hand gehen das Bemühen – wir sind ja eigentlich da schon auf einem guten Wege – Mitgliederpartei zu werden. Einen Vorteil kann die vierjährige Oppositionszeit in dieser Lage, in der wir uns jetzt befinden, haben, nämlich, wenn es uns gelingt, Kampfgemeinschaft zu werden und aus diesem Bewußtsein wieder eine langfristige Strategie zu entwickeln, dann können wir tatsächlich in einem größeren Maße als bisher, nachdem nun offenbar jetzt viel größere Bevölkerungsteile bereit sind, einer Partei anzugehören als noch vor vier Jahren, zu solchen Mitgliederzahlen zu kommen, wie sie heute die SPD hat. Was uns dann sicher schon im vorpolitischen Raum die Möglichkeit der Rückkehr an die erste Stelle erleichtert.

Blüm: So hart es klingt, ich kann nur sagen, wann werden die Unternehmer in Deutschland mal begreifen, daß man mit Geld allein keine Politik machen kann. Wer den Wahlkampf vor Ort geführt hat, der wird – da brauchen wir kein Meinungsforschungsinstitut – festgestellt haben, daß die Anzeigen, die aus dieser Richtung kamen, einfach in der Menge und im Tonfall überzogen waren. Daß dieser Schuß nach hinten losgegangen ist. Ich glaube, das wäre eine der wichtigen Konsequenzen, die man in diesem Bereich ziehen könnte.

Das zweite – und ich finde, es ist erfreulich –, daß in einer Zeit der hochgezüchteten Werbepsychologie die ausgefeiltesten Techniken der Branche offenbar über die Köpfe der Wähler hinweg geschossen haben und daß der Wahlkampf in der Tat – um das etwas abgegriffene Wort zu gebrauchen – an der Basis entscheiden wurde, daß der Mundfunk das Hauptwerbemittel dieser Regierung war und daß sie es besser einsetzen konnte als wir, liegt daran, daß sie an der Basis mehr engagierte Mitglieder hatte als wir.

Nun ist die Frage noch zu stellen: Opposition in die Zukunft hinein. Ich glaube, es hat uns nicht geschadet, daß wir konkrete Alternativen hatten, daß wir also nicht den Eindruck einer Neinsager-Opposition gemacht haben, sondern daß wir Gesetze in

diesem Wahlkampf als konkrete Alternativen vorlegen konnten. Nur, merkwürdigerweise ist uns das nicht abgenommen worden, daß das unsere Gesetze waren. So merkwürdig es ist, die Rentenversicherung ist uns nicht abgenommen worden, die Eigentumpolitik auch nicht. Und ich frage mich, woran das liegt? Das liegt wiederum an der Auseinandersetzung durch Mundfunk, und da muß ich leider bedauern, Herr Lampersbach, daß es für diesen Mundfunk ausgezeichnete Argumente gab, unsere Leistungen zu verdunkeln. Beispielsweise ist das Thema Lohnfortzahlungen und Betriebsverfassungsgesetz ein ausgezeichnetes Thema gewesen, aufgrund mittelständischer Äußerungen unsere Glaubwürdigkeit in Sachen Rentenversicherung und Eigentumpolitik⁴ zuzudecken. Es gibt nun mal Themen für einen Betrieb, die unter die Haut gehen, und wenn die unter der Haut sind, dann können Sie mit Engelszungen reden, dann wird es Ihnen einfach nicht geglaubt, was die CDU positiv geleistet hat.

Dregger: Wenn Sie mir einige wenige Bemerkungen zum hessischen Ergebnis gestatten, möchte ich darauf hinweisen, daß es insofern atypisch ist, als wir nicht nur 1,9% gewonnen haben, sondern auch insofern, daß die SPD stagniert. Die SPD hat sich nur von 48,2 auf 48,5% entwickelt und hat in acht Wahlkreisen verloren. Und zwar insbesondere in den südhessischen Wahlkreisen, also in den städtischen Gebieten, während wir gerade in den städtischen Gebieten die größten Gewinne hatten. Schon vor vier Wochen bei der Kommunalwahl haben wir von neun kreisfreien Städten in sieben Städten das Bundestagswahlergebnis übertroffen gehabt, nur in einer Stadt waren wir darunter geblieben. Ich finde das bemerkenswert.

Nun, zu Überlegungen für die Strategie als Gesamtopposition. Wenn ich das Klima in Hessen vergleiche mit dem politischen Klima in anderen Bundesländern, dann meine ich, der Unterschied liegt darin, daß bei uns die Auseinandersetzung härter und grundsätzlicher geführt wurde. Ich erinnere z. B. an die Schrift „Sozialismus im hessischen Schulwesen“⁵, die ja auch in Nordrhein-Westfalen teilweise verteilt worden ist und in der wir nachgewiesen haben, daß Sozialismus und linke Parteilichkeit zum Erziehungsprinzip in hessischen Schulen erhoben wird und daß wir dadurch – glaube ich – dieses Ergebnis mitbeeinflussen konnten. Und wir sollten uns wirklich nicht den Vorwurf machen, daß wir etwas falsch gemacht haben. Wir müssen Alternativen vorlegen. Wir müssen Wirtschaft und Finanzen in den Mittelpunkt stellen, aber daneben auch die grundsätzlichen Auseinandersetzungen stärker als bisher. Dazu bestand in Hessen vielleicht deshalb besondere Veranlassung, weil die hessische SPD sich gewissermaßen als progressive Speerspitze ihrer Bundespartei versteht und auf diesem Gebiet besonders weit vorangeschritten ist, so daß wir leichter vielleicht als in anderen Bundesländern unsere Anhänger alarmieren konnten. Entscheidend ist es klarzumachen, es geht nicht nur um Geldwertstabilität, sondern darum, daß wir freie Bürger in einem freien Land bleiben. Und wenn wir Grundvertragsauseinandersetzungen führen, dann sollten wir auch mal aufzeigen, inwieweit SPD, KPI und SED seit langem zusammenarbei-

4 Vgl. Nr. 26 Anm. 6, 14 und 15.

5 Christlich-Demokratischen Union Hessen (Hg.): Sozialismus im hessischen Schulwesen. Eine Dokumentation der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag. September 1972.

ten.⁶ Das ist ein innerdeutscher Vertrag, ein Vertrag zwischen SED und SPD. Wir müssen den Bürgern sagen, worum es in dieser grundsätzlichen Frage geht. Das ist ein erster Eindruck, nur zur Anregung, zur Überlegung, endgültige Schlüsse kann man natürlich noch nicht ziehen.

Köppler: Ich würde zunächst unterstreichen, was Herr Blüm von der Basis gesagt hat, aber ich will dem etwas hinzufügen. Ich glaube, wir dürfen nicht nur die Basis sehen, sondern wir müssen auch gerechterweise gegen uns selbst sagen: Es war nicht nur der Mundfunk, der bei den anderen besser funktioniert hat, sondern es war auch die gesamte Publizistik in- und ausländischer Machart, die hier auf uns hereingebrochen ist. Das kommt hinzu. Auch das Ausland! Das hat ganz sicher mitgewirkt bei dieser Entwicklung. Wenn ich zum Wahlergebnis Nordrhein-Westfalen etwas sagen darf, dann ist das Auffallende daran, daß es sehr differenziert ist. Wir haben Bereiche – nicht nur einzelne Wahlkreise –, wo die Verluste in Grenzen geblieben sind, sich um einen Punkt oder etwas darüber bewegen. Wenn ich es richtig sehe, ist Ost-Westfalen noch am besten weggekommen bei der ganzen Geschichte. Wir haben fast durchweg in den ländlichen Wahlkreisen die höchsten Verluste, und wir haben in den städtischen Bereichen, in den Großstadtwahlkreisen außerordentlich differente Ergebnisse. Wir haben Ergebnisse, wo wir die Position fast gehalten haben und wir haben Ergebnisse, wo wir bis zu fünf Punkte verloren haben. Das müssen wir uns sehr genau ansehen, woran das im einzelnen gelegen hat. Hier würde ich Herrn Blüm recht geben, hier liegt insbesondere die unterschiedliche Präsenz an der Basis in den soziologischen Strukturen als Hauptursache für diese Differenz ganz klar zugrunde.

Ich würde sagen, daß die Wahl insgesamt sicher verloren gegangen ist, weil hier alte soziologische Gruppierungen nicht mehr stimmen, weil hier ein extrem hohes Ergebnis an Wahlbeteiligung erzielt worden ist und weil hier eine Flut von Wählern emotional mobilisiert worden ist für eine Brandt-Wahl, die sicher mit noch stärker umgekehrten Vorzeichen zugunsten der SPD gelaufen ist, als das früher, etwa bei der Wahl 1957, bei den Adenauer-Wahlen, der Fall war. Dagegen haben wir hier in diesem Land, im Industriegebiet offensichtlich kein Mittel gefunden. Die Konsequenz sehe ich in zwei Bereichen vor allen Dingen: Wir müssen natürlich jetzt die Konsistenz, die die Partei durch diesen Wahlkampf gewonnen hat, halten und weiter ausbauen. Noch nie, das muß ich sagen, war die Partei so engagiert in einem Wahlkampf wie jetzt. Aber das Problem ist nicht nur, die Parteiorganisation zu pflegen und zu stärken und den Mitgliederzuwachs ordentlich an die Arbeit bringen, sondern in die vopolitischen Bereiche sehr viel stärker hineinzuwirken. Das war sicher für uns in Nordrhein-Westfalen das eigentliche Handikap. Hier müssen wir sagen, daß unsere Freunde von dem Psychoterror, der in den größeren Betrieben geherrscht hat, einfach mundtot gemacht

6 Vgl. Reinhard SCHMOECKEL/Bruno KAISER: Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen. Bonn 1991 S. 188–194; Dirk KROEGEL: Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition. München 1997 (Studien zur Zeitgeschichte 52) S. 212–224; Philipp GASSET: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006 S. 595–602.

worden sind. Für uns in Nordrhein-Westfalen muß die Konsequenz heißen, daß wir im Industrieviertel wieder stärker in den Betrieben präsent werden, und das wird eine sorgfältige Prüfung notwendig machen, und wir müssen bei einer sorgfältigen Prüfung uns auch die Frage stellen, wie das in der Gewerkschaftspräsenz weitergehen soll. Auf die Dauer werden wir in den Industriegebieten ohne überzeugende Präsenz auch in gewerkschaftspolitischen Bereichen keine Wahlen gewinnen können. Ich glaube, Hans Katzer, man kann ganz offen sagen, auch die Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Berliner DGB-Kongreß⁷ hat uns weiter zurückgeworfen. Sie hat uns noch mehr an Präsenz im gewerkschaftspolitischen Bereich genommen und uns daher die Aufgabe noch schwerer gemacht.

Mein zweiter Schwerpunkt für die Parteiarbeit nach draußen hin ist, daß wir in die Fülle der Meinungsbildungsorgane von den beiden kirchlichen Akademien hin bis zu dem, was da so an Zirkeln das Jahr über läuft, sehr viel stärker hinein müssen, als wir glaubten, das bisher nötig zu haben. Der Dank von Willy Brandt an die katholischen Wähler gestern hat leider einen berechtigten Hintergrund. Es ist völlig klar, daß uns hier die Konsequenz alter katholischer Organisationen und Verbände im Umfeld der CDU nicht mehr zur Verfügung steht, sondern daß wir hier einen ganz neuen Ansatz machen müssen, daß wir ganz neu da hinein müssen, und ich glaube, das gilt auch für den evangelischen Bereich. Hier müssen wir sehr viel mehr Sprecher entwickeln, Leute finden über das bisherige Personal hinaus, das wir da haben, die uns in den innerkirchlichen Diskussionen, in den Akademien, in den Volksbildungsunternehmungen sehr viel stärker vertreten, als das bisher der Fall war.

Als eine ganz positive Geschichte möchte ich erwähnen, aber das ist auch eine Aufgabe für die nächsten Jahre, die Junge Union nach vorn zu bringen. Die Junge Union hat sich bei uns in diesem Wahlkampf trotz einer miserablen Führungskrise, die wir bei der Jungen Union des Rheinlandes⁸ bis in den Wahlkampf hinein hatten, hervorragend geschlagen und in allen Wahlkreisen den Wahlkampf stärker getragen als die Alten. Ich meine, wir tun gut daran, daß wir die kommende Jungwählergeneration, bei der wir eine große Chance haben, durch eine entsprechende Stützung der Arbeit der Jungen Union in den nächsten Jahren voranbringen.

Aber ich möchte abschließend auch ein Wort noch einmal sagen. Ich glaube, wir tun gut daran, da möchte ich das unterstreichen, was Gerhard Stoltenberg gesagt hat, uns keine Führungsdiskussion aufzwingen zu lassen. Ich bin sehr dankbar, daß der Vorsit-

7 Auf dem DGB-Bundeskongreß in Berlin (25.–30. Juni 1972) war Adolf Müller nicht als Nachfolger von Bernhard Tacke in das Amt des stv. DGB-Bundesvorsitzenden gewählt worden (vgl. Nr. 23 Anm. 26). Vgl. S. 1021.

8 In der JU Rheinland war es im August 1972 zu einer Führungskrise gekommen, weil ihr Vorsitzender, Wulf Schönbohm, nicht als Kandidat für einen Platz auf der nordrhein-westfälischen Landesliste für den Bundestag nominiert worden war. Auf der Landestagung am 17. September 1972 in Düsseldorf unterlag Schönbohm bei der Wiederwahl gegen Klaus Evertz. Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 23. August 1972 „Krise der Jungen Union schwelt weiter“; „Rheinischer Merkur“ vom 22. September 1972 „Chaos im Haus“; „Frankfurter Rundschau“ vom 2. Oktober 1972 „Mit Wonne an den Wagen gefahren“.

zende gesagt hat, die Fraktion soll schon in der nächsten Woche konstituiert werden. Ich meine, das erste, was jetzt notwendig ist, ist, daß diese Fraktion so schnell wie möglich tritt faßt und an ihre Arbeit geht. Wir werden mit den Landesverbänden versuchen müssen, diese Partei, die sich so mobilisiert hat, jetzt in dieser Mobilisierung zu stabilisieren. Und ich kann auch nur sagen, ich bin seit heute nacht froh darüber, daß ich keinen anderen Ton hier im Hause gehört habe, als den, diesen Wahlkampf haben wir gemeinsam geführt und den haben wir gemeinsam verloren. Und der alte Spruch, daß der Sieg viele Väter hat, aber die Niederlage immer nur einen oder zwei kennt, der hat nicht gegolten heute nacht und das sollte auch jetzt für die nächsten Wochen so bleiben.

Barzel: Für die nächsten Wochen? Das ist ja ein bißchen kurz. Und „bis auf kurze Zeit“, wie Lorenz sagte und ein anderer „zur Zeit“ ... (*Köppler:* Das sind die Aufregungswochen.) Dann nimmt der Vorsitzende das Wort. Und zwar in eine Richtung, wie manche das hier kennen.

Filbinger: Ich möchte auf ein zeitliches Element hinweisen. Im Jahr 1974 werden wir Landtagswahlen⁹ bekommen. Wir werden vorher schon Kreistagswahlen und Kommunalwahlen¹⁰ haben. Und das bedeutet für uns, daß wir unsere Partei und unsere Anhängerschaft möglichst bald in eine solche Form bringen, daß wir diese Wahlen durchstehen können. Das bedeutet weiter, daß wir die Glaubwürdigkeit, die wir in den Augen unserer Anhänger m. E. verloren haben, bestärken durch eine ganz gezielte Strategie. Ich bin der Auffassung, es ist nach wie vor zu sagen, daß die Stabilität eines der wichtigsten Ziele ist. Die Tatsache, daß die Bevölkerung das am eigenen Leib noch nicht zu spüren bekommen hat, ist kein Argument gegen die Richtigkeit unserer Aussage. Ich bin auch der Meinung, daß wir angehen müssen gegen die chaotische Mißwirtschaft in den öffentlichen Finanzen und auch sagen, dies ist eine der Hauptaufgaben, die jetzt vom deutschen Volk bewältigt werden müssen. Die Opposition hat hier ein Konzept, sie hat hier die Möglichkeit, einen Angriff zu fahren und sich zu bestätigen.

Ein drittes Motiv: Die Angst vor dem Sozialismus ist durch das Wahlergebnis aus der Bevölkerung und den uns nahestehenden Wählerschichten nicht herausgekommen, sondern das ist überdeckt worden durch andere Komplexe, die ja z. T. schon erwähnt worden sind. Aber ich meine, wir dürfen uns nun in den Augen unserer Wähler nicht dadurch der Resignation zeihen lassen, daß wir die an sich richtige Kampfführung nachträglich desavouieren, sondern ich meine, es kommt entscheidend darauf an, die Glaubwürdigkeit vor unseren Leuten auch jetzt für die Zukunft so weit wie möglich zu begründen, indem wir diese unsere bisherigen Darstellungen der inneren Verhältnisse, die verfehlte und verfahrenere innenpolitische Situation, den Leuten begriff-

9 Am 9. Juni 1974 in Niedersachsen und am 27. Oktober 1974 in Bayern und Hessen.

10 Am 25. März 1973 fanden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen statt, am 8. April 1973 Kreistagswahlen in Baden-Württemberg, am 17. März 1974 in Rheinland-Pfalz, am 24. März 1974 Kreistagswahlen in drei neugebildeten hessischen Großkreisen, am 5. Mai 1974 Gemeinde- und Kreistagswahlen im Saarland sowie am 27. Oktober 1974 Wahlen zum Bezirkstag Oberbayern.

lich machen. Dadurch bekommen wir die allerbeste Startmöglichkeit, und ich möchte darauf hinweisen, daß beispielsweise die Ordnung der öffentlichen Finanzen ein Problem ist, das von den Ländern jetzt ganz rasch angepackt werden muß. Denn wenn die Bundesregierung hier nicht das nötige Wort sagt, dann stehen wir über kurz oder lang vor dem Ausverkauf der infrastrukturellen Investitionen, die von den Ländern zwar nach dem Grundgesetz zu bewältigen sind, für die sie aber kein Geld haben. Also hier müssen die Länder die Bundesregierung sehr rasch in die Schranken fordern und es kommt ja auch sehr bald die Diskussion mit dem Grundvertrag auf die Länder zu. Auch diese Diskussion werden wir nur dann bestehen können, wenn wir in guter Form sind. Unsere Anhänger warten jetzt auf unsere Aussagen, sie warten darauf, wie die CDU sich darstellt, und das müßte das Gebot unseres Handelns sein. Von daher müssen wir unsere ganzen Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, verstehen.

Ich möchte zu dem Wahlkampf, der hinter uns liegt, auch ein positives Wort sagen, nämlich daß nach unser aller Erfahrung doch die CDU/CSU noch nie in ihren eigenen Kadern so intensiv, so dynamisch und so geschlossen gekämpft hat. Und die 45 %, die wir haben, sind eine gewaltige Macht. Die Tatsache, daß wir in der Opposition sind und nicht die Mehrheit haben, ist nicht zu ändern. Aber eine so kräftige Opposition, wenn die sich gut verlautbart und eine gute Angriffsstrategie führt, kann sich im deutschen Volk viel Vertrauen erwerben. Das, was ich jetzt sage, ist in gar keiner Weise eine Abschwächung dessen, was vorher erwähnt worden ist, daß wir an die Arbeit im vordemokratischen Raum, bei den Verbänden, daß wir an die gesellschaftlichen Probleme herangehen müssen. Das ist gar keine Frage. Je rascher wir dieses tun, desto besser. Aber ich stimme auch der Ausführung zu, die sich verwahrt hat dagegen, daß wir nun in eine Hektik Hals über Kopf hineinsteigen. Wir sollten ruhig jetzt einmal einen gewissen Abstand gewinnen, das Eis ist gebrochen, wenn wir in aller Stille arbeiten. Ich glaube, das haben wir nicht nur nötig als Individuen, sondern das hat auch die Partei nötig.

Hasselmann: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wenn man eine Analyse zieht, so ist das außerordentlich schwierig, weil wir in den Wahlkreisen verloren haben, wo wir das überhaupt nicht für möglich gehalten haben. Was ich hier sagen sollte, Herr Vorsitzender, ist folgendes: Erstens, ein anderer Vorsitzender hätte diese Wahl auch nicht gewinnen können, und zweitens in solcher Stunde werden wir enger aneinander geschweißt. Drittens, wir müssen jetzt Geschlossenheit und Solidarität in ganz besonderer Weise darzustellen versuchen. Viertens, nach den vielen Veranstaltungen, die wir alle gemacht haben, glaube ich aus meiner Sicht sagen zu können, daß nach den drei Jahren in der Bevölkerung die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht spürbar geworden und damit ins Bewußtsein der Bevölkerung gegangen sind. Das war zu kurz. Fünftens, Herr Dr. Barzel, ich glaube fest, daß ein wesentlicher Punkt für diesen Trend darin zu suchen ist, daß die SPD es geschickt verstanden hat, die eigenen Veränderungen in ihrer Partei während des Wahlkampfes so zurückzudrängen, daß wir mit einem Aufbrechen der inneren Gegensätze durch dieses Ergebnis sicher rechnen müssen. Wir sollten das sehen. Hier hat die SPD es verstanden, sich selbst zu tarnen, um nicht vor den Bürgern als Bürgerschreck dazustehen.

Unklar ist für mich bis heute geblieben unser Verhältnis in der Sache des Grundvertrages. Ich sage das ganz offen, ich weiß nicht, ob wir da mehr hätten tun sollen, als wir getan haben. (*Unruhe und Diskussion.*) Ich glaube, daß diese Themen vorrangig vor manchen anderen zu sehen sind. Ich war ganz zufrieden und hatte das Gefühl, daß in den letzten acht Tagen noch eine Wende zu unseren Gunsten eingetreten war, das war rein vom Gefühl her und hat sich nicht bewahrheitet. Es ist erstaunlich, wie besonders in Niedersachsen, in den Städten, die SPD die Zweitstimmen der FDP gegeben hat. Wir haben Wahlkreise mit bis zu 10.000 Zweitstimmen, die die FDP dort bekommen hat. In Hannover etwa, in Osnabrück, in Oldenburg, auch in ländlichen Teilen. Wir haben das genau ausgerechnet, 9.500, 7.800 Stimmen, Zweitstimmen bei der SPD weniger, die alle die FDP bekommen hat. Sonst wäre das nicht möglich. Wie die Jungwähler sich verhalten haben, ich habe das Gefühl, daß wir, wenn wir dort ansetzen, und insofern, Herr Köppler, glaube ich, sollten wir mit der Jungen Union uns mal zusammensetzen, was sie das nächste Mal wählen, das können wir jetzt beeinflussen, da haben wir ein neues zu beackerndes Feld. Und ich glaube, wenn wir das intensiv tun, auch im Hochschulbereich, kriegen wir die Nase auch wieder hoch, und das sollte der Ausgangspunkt für unsere weiteren Überlegungen sein.

Lampersbach: Es ist sehr müßig, wenn Zahlen vorliegen, dann aus dem Gefühl heraus darüber zu diskutieren, wie sie zustande gekommen sind. Deswegen hat es auch keinen Zweck, wenn ich hier an Professor Kaltefleiter anknüpfe. Man sollte warten, bis man, soweit es überhaupt geht, exakt analysieren kann. Ich hätte mich nicht gemeldet, wenn der Herr Blüm mich nicht direkt hier angesprochen hätte. Ich glaube, das wichtigste für uns wäre, daß wir uns zumindest loyal verhalten und uns gegenseitig tolerieren. Und hier muß ich doch feststellen, daß von der Mittelstandsvereinigung her, soweit ich dafür verantwortlich zeichne, die Beschlüsse aus Düsseldorf streng eingehalten worden sind. Ich habe festgestellt, was hier vorhin schon gesagt wurde, daß die gesamte Rentenreform nicht uns zugeschrieben wurde, sondern ausschließlich der SPD.¹¹ Herr Blüm, die Schwierigkeit liegt doch darin: Sind wir eine reine Arbeiterpartei, sind wir eine reine Wirtschafts-/Unternehmerpartei oder sind wir nach wie vor eine Volkspartei? Das ist doch die Frage. Für mich ist auch die Frage entscheidend, bleibt die CDU eine Volkspartei insgesamt, für alle wählbar und wie kriegen wir dann den Anschluß an die grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen. Ich habe in meinem eigenen Wahlkreis fünf Veranstaltungen ausschließlich mit DGB-Leuten gehabt, die auch meine Auffassung anerkannt haben. Die mich aber auch nicht gewählt hätten, Herr Dr. Blüm, wenn ich gesagt hätte, ich bin für die Sozialdiskussion. (*Unruhe.*) Die Schwierigkeit liegt doch darin, daß wir unten eben nicht die Möglichkeiten des Mundfucks haben, wie das die SPD seit vielen Jahren aufgebaut hat und auch durchführt.

Kohl: Ich will es ganz kurz machen. Zunächst einmal meine ich, ist es richtig, daß wir überhaupt außer einem ersten Meinungsaustausch heute in dieser Sache keine Wertung des Ergebnisses machen. Jeder von uns hat doch den Schock in den Gliedern, daß wir diese schwere Niederlage erlitten haben. Da führt ja gar kein Weg dran vorbei.

¹¹ Text S. 1009 f.

Und dann muß man genau wissen, was wir jetzt für die Zukunft tun, man muß auch über das hinaus, was heute überhaupt diskutabel ist aufgrund der Unterlagen, wissen, woran es lag. Ich persönlich bin überzeugt, daß wir dann zu der Überzeugung kommen werden, daß eine Strategie, die in die nächsten vier Jahre zielt, sich auch auf die Acht-Monats-Frist vom Herbst 1974 bis Sommer 1975, wo wir mit Ausnahme von Baden-Württemberg fast alle Wahlen haben, miteinrichten müssen. Wir müssen also praktisch diese Zwischenfrist mitnehmen, wenn wir auf vier Jahre disponieren. Darüber gibt es gar keinen Zweifel, daß diese acht Monate, von denen Sie eben sprachen, wiederum das Ergebnis ein paar Jahre später präjudizieren. Das hat alles etwas miteinander zu tun, übrigens auch jetzt für die Regierung, das wird auch deren Problem sein, über diese acht Termine hinwegzukommen. Da steckt durchaus auch für uns eine bestimmte Chance drin.

Ich glaube, wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß bei dem jetzt zurückliegenden Wahlkampf wir wahrscheinlich zu einer gewissen Gesetzmäßigkeit doch kommen, daß der Kanzlerbonus eine ziemlich feste Größe ist, egal wer den Mantel umhat, ob rot oder schwarz, wenn er es nur einigermaßen von der Statur her kann. Der jetzige Kanzler hat sich den Mantel elegant umgelegt und hat auch hier ein Stück Glaubwürdigkeit gehabt, ungeachtet dessen, was wir als Publikum dazu meinen. Ich bin sicher, daß der Einbruch bei den Jungwählern, bei den Frauen und im konfessionellen Bereich erfolgt ist. Unser Verhältnis zur Kirche entspricht noch den Verhältnissen der 50er Jahre. Das, was hier passiert ist in den letzten Wochen an Wahlunterstützung für eine Friedenspolitik, das war das letzte große Argument von Leuten, die wir nicht einfach abschieben können, ernstzunehmenden Leuten, die lange Diskussionen darüber geführt haben. Das haben die Sozialdemokraten verstanden und sie haben auch unsere Haltung etwa in der Grundvertragsdebatte noch mal als ihre Chance genutzt.

Ich bin dennoch der Meinung, daß das Schlimmste, was uns jetzt passieren könnte, wäre, wenn sich bei uns jetzt eine Resignation verbreiten würde. Dagegen halte ich es für unerhört wichtig, daß wir uns hier über alles aussprechen. Eines darf uns, glaube ich, auch nicht passieren. Wir müssen begreifen, daß man, gerade wenn man jene Gruppe von Jungwählern von morgen, das sind die Pennäler von heute, angeht, eine Politik oder Strategie noch so gut organisieren kann, daß das nicht der Punkt ist, sondern ich bin davon überzeugt, daß wir in den prinzipiellen Fragen deutscher Politik unsere Glaubwürdigkeit darstellen müssen. Das wird unerhört wichtig sein. Ich will das einmal an drei Beispielen zeigen: 1. Ich glaube, daß es eben nicht genügt bei der Stabilität das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft abzulegen und nicht gleichzeitig mit aller Härte den Leistungsgedanken deutlich zu machen, der sich in der Sozialen Marktwirtschaft und der Friedenspolitik wiederholen muß. 2. Ähnliches ergibt sich aus der Eigentumspolitik. 3. Ich persönlich bin felsenfest überzeugt, daß in den nächsten vier Jahren, gerade nach dem Grundvertrag, die zentrale Diskussion sich mit der Frage nach der deutschen Nation beschäftigen wird. Ich will es jetzt einmal etwas übertrieben formulieren. Ich glaube, daß das die Kernfrage einer harten innenpolitischen Diskussion werden wird, nach einem Anspruch der DDR nach Vollzug des Grundvertrages. Davon bin ich überzeugt. Es steht in Frage, ob es uns eben noch einmal gelingt

– ich glaube, daß es gelingen kann – in einer modernen Sprache die Frage nach der alten Idee des Staates in seiner moralischen Grundlegung, seiner moralischen Substanz vertrauenswürdig und glaubwürdig darzustellen. Meine Beobachtung ist, gerade in diesem Wahlkampf, daß das ein Punkt ist, der viel langfristiger wirksam wird, als noch so hochinteressante, glänzend gelungene tagespolitische Entscheidungen. Und das ist der Punkt, darüber gibt es gar keinen Zweifel, wo der Herr Brandt uns die ganze Schau gestohlen hat. Das eine Plakat „Deutsche, Ihr könnt stolz auf Euer Land sein“ hat tiefenpsychologisch genau in diesen Bereich hineingewirkt. Hier steckte dann drin, was eben zu Adenauers Zeiten zu uns schlug, denken Sie an diesen ungeheuren Parteitag in Hamburg, als er aus Arlington zurückkam und wir das voll genossen haben.¹² Das war das andere Extrem. Das ist bei ihm jetzt Stolz auf das eigene Land; Vaterland und Friedensfürst hat ein Gewicht gegeben, das ihm hoch gedankt war.

Barzel: Vielen Dank! Herr Langguth, ich möchte eben Herrn Kraske hören, weil er vor die Presse muß.

Kraske: Meine Damen und Herren, ich soll ja eine Menge sagen über die Beurteilung dieses Ergebnisses. Aber erstens ist es, glaube ich, sachgemäßer, wenn dafür wirklich begründete Unterlagen vorliegen und man eine begründbare Bilanz ziehen kann. Heute stehen wir – wie immer – ein bißchen unter dem Druck von Presse- und Fernsehterminen. Darf ich Ihnen deshalb – ich bitte um Entschuldigung, daß das mündlich nur geschieht –, eine Erklärung vorlesen, die wir hier ein bißchen abgestimmt haben:

„Die Union hat ihr Ziel, eine Mehrheit zu gewinnen und eine bessere Regierung zu bilden, nicht erreicht. Aber 45 % der Wähler haben den Unionsparteien ihr Vertrauen bekundet. Dafür danken wir allen unseren Wählern. Dieser Dank gilt in besonderer Weise denen, die sich in den zurückliegenden Wochen mit großer Einsatzbereitschaft und Hingabe für unsere Politik eingesetzt haben. Ihr Vertrauen ist die Grundlage unserer weiteren Arbeit. Die CDU wird geschlossen unter der Führung von Rainer Barzel ihre Politik auf der Grundlage ihrer programmatischen Erklärungen fortsetzen und weiterentwickeln. Das Jahr 1972 hat der CDU den größten Mitgliederzuwachs in ihrer Geschichte gebracht. Die Partei hat sich im Wahlkampf wie nie vorher engagiert. Diese Mobilisierung der Partei, die Verbreiterung ihrer Mitgliederbasis, die weitere Verbesserung ihrer Organisation sind die großen Aufgaben für die kommenden Monate. Wir rufen alle Mitglieder, Freunde und Anhänger der CDU auf, uns dabei zu unterstützen.“ (*Unruhe und Diskussion über Text der Erklärung.*)

Barzel: Dann fahren wir in der Diskussion fort.

Langguth: Der Westdeutsche Rundfunk hat heute gemeldet, daß der Jungwähleranteil bei 29 % liegt. Wenn das so ist, hängt das an einer ganzen Reihe von Faktoren. Die Union hat es nicht verstanden, sich als die glaubwürdigere Partei darzustellen.

¹² Adenauer hielt sich vom 1. bis 18. April 1953 zu einem Besuch in den USA auf und nahm im Anschluß am 4. Bundesparteitag der CDU in Hamburg teil. Vgl. Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (Hg.): 4. Bundesparteitag 18.–22. April 1953 in Hamburg. Deutschland sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa. Hamburg/Bonn o. J. S. 7. (Protokoll im Internet: http://www.kas.de/upload/themen/programmamik_der_cdu/protokolle/1953_Hamburg_4_Bundesparteitag.pdf).

Warum wird es uns eigentlich nicht abgenommen, wenn wir bessere Gesetze machen? Fest steht, daß unser Image, gerade im Bereich der Jungwähler, mehr als nur miserabel ist. Ich habe mal vor einigen Monaten einige Umfrageergebnisse angeschaut. Der SPD-Politiker wird mit dem Wort „demokratisch“ beispielsweise sehr viel mehr verbunden als der CDU-Politiker. Das sind alles Sachen, die eine sehr langfristige Perspektive im einzelnen haben. Daß hier viel zu arbeiten ist am Image der CDU, kann ich also nur unterstreichen. Ebenso bin ich der Meinung, daß ein Teil der Wahlkampfanzeigen der Partei im Hinblick auf ihre Glaubwürdigkeit keinen Dienst erwiesen haben.

Weiter glaube ich, daß diese Diskussionen im Wahlkampf ergeben haben, daß wir eine grundsätzliche Auseinandersetzung sehr viel stärker werden führen müssen. Und ich glaube, es langt hier nicht, aus der Defensive zu argumentieren und mit eventuellen Angstkategorien zu arbeiten, sondern wir müssen sehr viel stärker als bisher Eigenziele aufzeigen und zwar im grundsätzlichen Bereich. Das muß man auch jetzt nach dem Wahlkampf hier sagen, wir haben es noch nicht verstanden, im grundsätzlichen Bereich offensiv eine eigenständige, langfristige Position aufzubauen. Und dann muß ich auch sagen, das Ganze lebt natürlich auch aus der Faszinationskraft heraus, die entsteht von Leuten, die auch mit sozialistischer Phraseologie arbeiten. Also wenn jemand wie Willy Brandt immer wieder sagt, „Friedenspolitik“, dann sind doch gerade das Elemente, die im intellektuellen Bereich, gerade im Jungwählerbereich, ausgesprochen ankommen. Und diese Demagogie, daß wir als Friedensgegner hingestellt werden, hat natürlich auch eine langfristige Wirkung, der wir, wie ich meine, entgegen müssen.

Die Formulierung „Mehr Stabilität“ wird uns hier im einzelnen nicht weiterhelfen. Gerade im Jungwählerbereich hat das wenig Erfolg. Bei der Frage nach der deutschen Nation müssen wir einmal analysieren, was versteht eigentlich Willy Brandt unter Nation. (*Barzel*: Ist ihm wurscht! – *Unruhe*.) Dann kann man gerade vielleicht an diesem Beispiel aufzeigen, wie sich Positionen wandeln können, es ist ja nicht nur das, welche Position Willy Brandt bei der Wahl vor vier Jahren oder vor zwei Jahren vertreten hat. Und ein allerletztes: Ich glaube, daß das Wahlergebnis dieser Art auch zurückzuführen ist auf eine miserable Parteiorganisation im unteren Bereich. Daß wir z. T. nicht einmal hauptamtliche Kreisgeschäftsführer haben, daß wir, wenn ich das richtig sehe, auch an der Basis häufig nicht Leute haben, die es verstehen können, gerade Jugendliche zu mobilisieren, das sind doch Punkte, die uns zu denken geben müssen. Und ich möchte eines als Anregung machen. Wir müssen langfristig dazu kommen, gerade bei der Kandidatenaufstellung auch dafür zu sorgen, daß wir hier Leute haben, die in einzelnen Gebieten Meinungsführer sein können und in allen Bereichen dafür zu sorgen, daß wir eine intensivere Diskussion führen können. Vielleicht kommen wir auch einmal dahin, eine Parteihochschule einzurichten, um Kandidaten und Funktionäre der CDU zu schulen. Ich glaube, hier ist gerade auf lokaler Ebene sehr viel zu tun.

Wex: Ich möchte die Bereiche Jugend und Frau ansprechen, wo wahrscheinlich die meisten Einbrüche zu erwarten sind. Hier liegt die größte Bereitschaft, grundsätzlich zu diskutieren. Da sind unsere Motivationen nicht widerlegt, aber sie sind nicht so

klar geworden, daß sich hier eine Auseinandersetzung zeigt, und zwar in dem Sinne, für Familie, Schule und Jugend die Möglichkeit eines freien Raumes des Individuums zu erhalten. Dazu sind in den Grundsatzaussagen die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik und der Beschlüsse des SPD-Parteitages in Dortmund¹³ in bezug auf die Einengung des Freiheitsraumes nicht besonders klar geworden. Ich glaube, daß wir hier eine große Chance haben, ohne uns von unseren Grundsatzaussagen distanzieren zu müssen. Im Gegenteil: Man braucht diese Beschlüsse nur zu interpretieren. Und das wird ganz erstaunlich aufgenommen. Und da zeigt sich die Verbindung zum Sozialismus in den Schulen, Einengung des Familienfreiheitsraumes in bezug auf die Entscheidung, werden die Jugendlichen draußen erzogen oder drinnen. Und die Probleme der Frauen, alles dies kann man in einer anderen und fortschrittlicheren Form auch im Grundsätzlichen auseinandersetzen. Und dann verbindet sich das. Da ist die Auseinandersetzung an der Basis notwendig, und da ist auch die Bereitschaft, grundsätzlich zu diskutieren, sehr groß und hat ganz positive Ansätze. Ich habe ja vorhin schon im Präsidium gesagt, die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren sind ganz anders als die 18jährigen.

Hahn: Wahlen werden ja weitgehend vom Gefühl her entschieden und nicht von der Ratio her, und wir müssen uns klarmachen, daß es im Augenblick eine stärkere Welle nach links gibt, als wir angenommen haben. Deshalb fallen Fakten und Argumente weitgehend flach. Und ich glaube, wir werden damit rechnen müssen, daß in der nächsten Zeit diese psychische Welle noch eine außerordentliche Faszination ausübt. Wenn wir versuchen, diese Welle zu überspielen, gelingt uns das nicht, denn der Sozialismus übt eine stärkere Faszination aus, als das, was wir zuwege bringen. Der große Fehler, den wir begangen haben, ist gewesen, daß wir zugestimmt haben, daß man mit 18 Jahren wählen kann, denn diese Generation wird von ihrem Gefühl noch mehr bestimmt als die Älteren. Dabei spielt eine große Rolle die religiöse Bindung. Zum Teil hat hier der Sozialismus eine Religions-Ersatzfunktion übernommen. Das ist das eine.

Das zweite ist meine Sorge, im Blick auf die Tatsache, daß die FDP eine Wiederauf-erstehung erlebt hat und daß ich in Sorge bin, daß eine ganze Reihe von Leuten, die sich nach uns hin orientiert haben, nun wieder bereit sein werden, mit der FDP zu gehen und sich von uns zu lösen, und zwar Kreise, die für uns außerordentlich bedeutsam sind.

Das dritte, das hier schon angesprochen wurde, ist, daß wir natürlich damit rechnen können, daß jetzt innerhalb der SPD nach diesem Erfolg die verschiedenen Gruppen auseinanderbrechen könnten und daß möglicherweise die SPD mit innerparteilichen Auseinandersetzungen zu kämpfen haben wird. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß das ein Moment sein könnte, der auch für uns von großer Bedeutung sein könnte. *(Starke Unruhe.)*

13 Auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD am 12./13. Oktober 1972 in Dortmund wurde das Wahlprogramm „Mit Willy Brandt für Frieden, Sicherheit und eine besser Qualität des Lebens“ beschlossen. Text im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retroskans/fa92-02386.pdf>.

Lemke: Ich möchte nur unterstreichen, daß die Arbeit in den Orts- und Kreisverbänden und bei unserer Führung und Mannschaft vorzüglich war. Nur, Argumente reichen nicht aus. Ich glaube, Herr Dr. Kohl hat es bereits gesagt, wenn Brandt sagt, „Wir machen den Frieden sicherer“, dann sind das Dinge, die mehr das Gefühl ansprechen, und das wäre vielleicht in Zukunft in Verbindung mit der Deklaration Nation und Staat wichtig. Ich persönlich sehe für die Koalition jetzt erstmal eine Schwierigkeit. Die sollen erstmal regieren, die Sozialdemokraten, die Freien Demokraten und die Jungsozialisten. Sie werden sicherlich in gewisse Schwierigkeiten kommen. Aber meine Befürchtung ist, daß die Sozialdemokraten, und zwar geführt durch den linken Flügel, die Konfrontation betreiben werden. Darin sehe ich eine ganz schwere Gefahr für unsere Entwicklung, weil die nachher nicht zurückzudrehen ist. Meine Freunde, nehmen sie es mir nicht übel, ich würde Ihnen raten, weil wir ja das nächste Mal nicht gleich wieder die Mehrheit haben werden, ich meine, wir sollten doch versuchen, die menschlichen Beziehungen, die wir zu dem einen oder anderen führenden Mann der FDP haben, nicht verkümmern zu lassen. Ich sage das mit allem Nachdruck, denn ich habe meine Erfahrungen gesammelt. Wir müssen doch aus dieser Misere heraus, und das können wir m. E. nicht in einem Sprung in vier Jahren schaffen.

Kiep: Die Zeit ist so weit fortgeschritten, daß ich nicht noch einmal auf die einzelnen Sachthemen zu sprechen kommen möchte. Nur ein Satz: Die Frage der Klammerfunktion, die die Außenpolitik der SPD und FDP in der Vergangenheit bedeutet hat, ist ein Thema, über das wir ernsthaft reden müssen. Ebenso wie wir darüber reden müssen, wie wir unsere Außenpolitik – insgesamt gesehen – gestalten wollen in einer politischen Landschaft, die sich ständig durch das Handeln dieser Bundesregierung unwiderruflich verändert. Das sind alles Themen, über die wir noch reden müssen. Ich melde mich auch deshalb zu Wort, weil Herr Blüm einen Punkt angesprochen hat, der mir wichtig erscheint. Ich möchte eine Klarstellung hier geben: Diese Flut von Insertionen, meine Damen und Herren, die Sie in den letzten Tagen mehr in der Quantität als in der Qualität bemerkt haben werden, diese Flut ist total an der Partei vorbeigegangen. Wir sind in keinem einzigen Fall konsultiert worden. Uns haben keine Texte vorgelegen, und wir haben auch mit der Finanzierung der Dinge nichts zu tun. Ich habe den Eindruck, daß viele dieser Inserate völlig konträr zu unserer Wahlkampfabsicht, unserer Wahlkampfstrategie gelaufen sind und daß sie uns eher Schaden zugefügt haben als Nutzen, obwohl sie sicherlich gut gemeint waren und daß wir besser daran gewesen wären – auch heute, nach einer verlorenen Wahl –, wenn die Gelder, die sie aufgewendet haben, in unsere Kasse geflossen wären in Form von Spenden, anstatt daß sie hier in Millionenhöhe in eine falsche Richtung ausgegeben worden sind. Ich erinnere z. B. an das letzte Inserat mit Mahler und Willy Brandt¹⁴. Diese Ge-

14 Anzeige der „Wählerinitiative freiheitlich gesinnter Staatsbürger in der Vereinigung zur Förderung der politischen Willensbildung“ aus Neustadt/Saale betitelt „Auführer Mahler und Schützling Brandt“ (FAZ vom 14. November 1972). – Horst Mahler (geb. 1936), Rechtsanwalt; Mitgründer der RAF, 1972–1974 Prozesse und Verurteilung zu 14 Jahren Haft. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 910 Anm. 103. – Zu den „heimlichen Wahlhelfern der CDU/CSU“ vgl. „Spiegel“ Nr. 50 vom 4. Dezember 1972 S. 38.

schichte war also wirklich genau das, was wir den ganzen Wahlkampf durch überall vermieden haben. Ich hoffe, daß wir Gelegenheit haben, bei einer der nächsten Sitzungen auch einmal über die finanziellen Dinge der Partei etwas ausführlicher zu sprechen. Dazu war ja in den letzten Jahren nie Zeit, weil alle Leute immer viel zu aufgeregt waren, um Finanzdiskussionen zuzuhören. Lassen Sie mich dazu eines vielleicht sagen, es ist uns gelungen, den Wahlkampfetat, den wir uns vorgenommen haben, einzuhalten. Ich glaube, daß ist doch ein ganz wichtiger Punkt. *(Beifall.)*

Katzer: Ich glaube, wir haben ja alle den Spruch geglaubt „Drei Jahre SPD-Regierung sind übergenug“. Das wurde immer mit großem Beifall bei unseren eigenen Versammlungen begleitet. Aber ich glaube, wahr ist, daß viele, besonders kritische Wähler geglaubt haben, drei Jahre sind noch nicht genug, wir wollen sehen, wie das weitergeht. Deshalb sollten wir aber nicht zu einer Selbstzerfleischung kommen. In der Anzeigensache müßten wir doch bitte mal überlegen – jetzt von der Bundespartei –, was man tun kann gegen Helfer, die einem schaden. Da muß doch irgend etwas geschehen können, und wir sollten aus der Sache lernen und überlegen, wenn solche Anzeigen wieder einmal kommen, daß wir dann sagen, die schaden und wir wollen davon absehen.

Das dritte ist, Herr Lampersbach, ich würde sehr vorsichtig sein bei den Renten. Da muß man erst einmal sehen, wie die alten Leute wirklich gewählt haben. Wenn wir das sehen, werden wir möglicherweise feststellen, daß zwar der ganze Erfolg uns nicht beschieden war, daß das aber möglicherweise mit ein Punkt war, der uns überhaupt zu diesem Ergebnis geführt hat. Deshalb bitte ich, hier sehr vorsichtig zu sein und nicht voreilig etwas in die Welt zu setzen, was uns für die Zukunft sehr schaden könnte. *(Unruhe.)* Und wenn der Erfolg der Rentenreform nicht voll auf unsere Fahnen geschrieben wurde, so deshalb, weil man uns das einfach nicht geglaubt hat. Wenn Rainer Barzel in Berlin beim DGB-Kongreß diese Tatsache feststellt, wird er ausgepiffen, oder ich mache das bei der IG Bergbau¹⁵ und werde ausgepiffen, dann sitzt die Masse von Sozialdemokraten da, die das gar nicht glauben können. Die können das nicht glauben, daß die CDU so etwas zu Wege bringt. Und das ist in der Tat schlecht für das Gesamtbild, das müssen wir sehen. Deshalb würde ich meinen, wir müssen die Gesetze, wie wir sie vorgelegt haben, nach und nach einbringen. Aber bitte nicht auf einen Schlag, sondern wir müssen sehen, daß – das ist natürlich eine Hoffnung, die ich mit Herrn Lemke teile – die Schwierigkeiten dieser Koalition, nicht so sehr bei der SPD innerhalb, aber zwischen SPD und FDP liegen. Und wenn wir klug sind und nicht jeden Tag eine neue Erklärung abgeben und nicht jeden Tag eine neue Geschichte machen, sondern die erstmal unter sich streiten lassen, dann ist das die Basis unseres Sieges von morgen. Es kommt jetzt nicht darauf an, daß wir uns jubelnd hinstellen und sagen, jetzt haben wir 7 % Preissteigerung. Wir müssen sagen, 7 % Preissteigerung, die

15 Zur Kritik an Katzer auf dem 10. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau in Hannover vgl. „Handelsblatt“ vom 26. September 1972 „Einseitige Parteinahmen auch der Arbeitgeber im Wahlkampf“; „Die Welt“ vom 26. September 1972 „Die Kumpel schippten Balsam in des Kanzlers frische Wunden“.

treffen mich wie Sie, und das ist eine vorprogrammierte Pleite dieser Regierung, die in den nächsten Jahren mehr und mehr sichtbar wird.

Letzter Punkt: Wir waren in der Gewerkschaftssache sehr umsichtig. Wir werden auch da mal sehen müssen, wie die Leute vom DGB gewählt haben, das würde mich interessieren. Und da wäre ich nicht ganz sicher, wie dann das Ergebnis aussehen wird. Wir haben immer gesagt, wir lassen uns nicht rauswerfen, wir bleiben drin, wir werden den Laden schon fesseln usw. Und das letzte ist, wir müssen uns darüber klar sein, in den Großbetrieben hat es bis zum physischen Terror geführt. Unsere Leute sind rumgelaufen mit Plaketten „Wählt Willy“. Und dann haben wir abends gefragt, was ist denn los mit euch, und sie haben gesagt, wir wählen natürlich CDU, aber wir wollen keinen Ärger im Betrieb haben. Machen wir uns darüber keine Illusionen, daß das ein ganz harter Kern im Wahlkampf war. Ich würde dem beipflichten, was Herr Köppler schon gesagt hat, Junge Union, Sozialausschüsse und Betriebsgruppen, das wird ein Punkt sein, mit dem wir uns sehr zu befassen haben werden.

Und letzter Satz: Ich bin sehr froh über die heutige Sitzung, über alle unsere Erklärungen vor dem Fernsehen – ob das Köppler war, ob das Kohl war, ob das Stoltenberg war, und ich schließe mich ein –, alle haben einen guten Verlierer abgegeben. Diese Stimmung muß beibehalten werden Und deshalb ist ganz eindeutig, jede Personaldiskussion ist absolut tödlich. Das ist genau das, was die anderen wünschen. Die Sozialdemokraten haben kaum Versammlungen mit Diskussionen gehabt. Die haben sich nicht getraut, wegen ihrer eigenen Jusos. Bei mir in Köln der Herr Wischniewski hat sich nicht getraut, in einem Stadtbezirk – in Poll – eine öffentliche Versammlung zu machen. Der hat eine Mitgliederversammlung mit 70 Mann gemacht. Und gewinnt da noch 6 oder 7 % dazu. Da bleibt der Verstand stehen. Das ist dann nicht mehr zu machen. Wenn so was passiert, da kann man nicht aktivieren. Wir haben Mitgliederversammlungen und diskutieren wie wild, und die machen daraus ihre Stimmen. Und das ist eben doch die Grundstimmung, daß dieser Friedenskanzler mit diesem ganzen Brimborium doch mehr eingewirkt hat. Deshalb würde ich glauben, müssen wir jetzt wirklich weg von der Hektik, und wir müssen nicht den Traum haben, jede Woche zwei oder drei Gesetze einzubringen, sondern wir müssen die Leute im eigenen Saft schmoren lassen, ruhig und ohne Gehässigkeit. Und wir werden in der Frage des Grundvertrags uns sehr sorgfältig überlegen müssen über unsere Einlassungen. Das wird ein kritischer Punkt sein, denn Ost- und Deutschlandpolitik war der Kitt der Koalition. Da war der Konsensus zwischen Scheel und SPD. Der ist dann aufgebraucht, und dann kommen diese sehr harten Dinge wie Steuern, Finanzen, Geld usw. Und dann werden wir sehen, daß der Konsens nicht da ist, und das wird die Stunde sein, auf die wir bauen können.

Windelen: Ich kann unmittelbar an Hans Katzer anknüpfen, ich teile seine Analyse, auch was den Wahlkampfverlauf angeht. Wir haben uns hier wahrscheinlich ein wenig blenden lassen vom Verlauf unseres Wahlkampfes, den ich in dieser Form, positiven Form, das möchte ich betonen, in meiner 25jährigen Parlamentariengeschichte noch nicht erlebt habe. Und das bezieht sich jetzt nicht nur auf Versammlungen, in denen überwiegend unsere Mitglieder vertreten waren, sondern überall dort auch, wo wir kontrovers diskutieren mußten, konnten wir uns durchsetzen mit unseren Ar-

gumenten. Das heißt also, unsere Argumente waren nicht schlecht. Wir konnten sie nur nicht umsetzen, d. h. wir kamen damit nicht genügend an die breiten Wählerschichten heran. Wir wissen ja, was wir unmittelbar in Versammlungen erreichen, das ist ein ganz minimaler Prozentsatz, was für eine Umsetzung der Denkweise offenbar nicht ausreicht. Ich meine aber, wir sollten aber gerade die Chancen und die Möglichkeiten dieses Ergebnisses nutzen. Der Erfolg der Koalition war ja offensichtlich der, daß es ihr gelungen war, die Sachprobleme unter den Teppich zu fegen. Aber da liegen sie jetzt noch. Ich habe volles Verständnis dafür, daß der Wähler viel lieber hört, daß es keine Inflation gäbe, daß alles stabil sei, daß der Haushalt in Ordnung sei, daß es keine Einschränkungen gäbe, daß der Frieden gesichert sei, daß Freundschaft komme und Ausgleich. Jeder hört am liebsten das, was er sich selbst gern wünscht. Wir waren in der umgekehrten Position. Wir mußten sagen, da gibt es schreckliche Dinge, die kommen auf uns zu. Ich habe Verständnis dafür, daß man das gerne verdrängt und dem folgt, der einem Friede, Freundschaft und Eierkuchen verspricht. Wir konnten das nicht, die anderen konnten es. An den Sachproblemen hat sich dadurch gar nichts geändert. Im Gegenteil, sie sind schwerer geworden, weil die psychologische Vorbereitung auf das, was kommt, nicht da ist. Ich glaube, wir hätten es sachlich leichter gehabt, weil wir das Volk vorbereitet hatten. Die Koalition hat das Gegenteil getan, die Probleme werden mit aller Wucht auf sie zukommen, und wir sollten ihr das nicht erleichtern. Mir fällt auch nachträglich keine bessere Strategie ein, die wir hätten einschlagen können, auch retrospektiv muß ich Ihnen ehrlich sagen, mir fällt nichts ein, was wir in unserer Aussage hätten besser machen können, auch wenn ich die differenzierten Wahlergebnisse in den einzelnen Ländern betrachte. Dazu kann man jetzt nur einen ersten Bericht geben.

Ich stelle also noch einmal fest, das Wahlergebnis hat keines der verdrängten Sachprobleme gelöst, sondern im Gegenteil, wir werden jetzt ja nicht länger auf das Sachverständigengutachten zu warten haben. Die Haushaltsberatungen nicht nur im Bund, sondern, Herr Filbinger, in den Ländern, in den Gemeinden vor allen Dingen, stehen jetzt unausweichlich bevor. Und das wird die Stunde der Wahrheit werden auch für, nein, besonders für die Genossen. Die Finanzplanung steht bevor, die muß jetzt geregelt werden, die Tarifverträge, nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch in allen anderen Bereichen. Und auch im Bereich der Deutschland- und Ostpolitik sind hohe Erwartungen geweckt worden. Und es werden große Forderungen von der anderen Seite auf uns zukommen und zwar nicht nur materiell, das ist ja schon sehr deutlich sichtbar, sondern auch in den politischen Bereichen. Und hier entsteht einfach die Frage, was kann Brandt jetzt noch liefern? Er hat nichts mehr zu liefern. Da ist nichts, aber auch gar nichts mehr da, was er jetzt noch liefern könnte. Und das zweite ist, was können die anderen noch liefern? Ich sehe hier auch nichts mehr, der innere Spielraum dieser Länder ist so eng geworden, daß man sich ja sogar schon während des Wahlkampfes gezwungen sah, Erwartungen zu dämpfen und mit Rücksicht auf die innere Ordnung Einladungen zurückzudrängen, ohne daß das allerdings durchgeschlagen wäre. Das wird aber auf die Dauer durchschlagen dann, wenn die Zahlen und Fakten sichtbar werden.

Das nächste – wir werden erleben, ich habe eben mal die Liste durchfliegen können

–, ist eine sehr starke Verstärkung des linken Flügels. Die Jusos werden eine Bestätigung ihrer Strategie aus diesem Ergebnis ableiten, und sie werden ihre Forderungen stellen. Das muß Folgen für die innere Struktur nicht nur der SPD haben, sondern auch für die Koalition, d. h. auch für den Partner. Vor der Wahl hat man teilweise in einer erstaunlichen Solidarität alles auch hier unter den Teppich gefegt, die Frage ist, wie lange kann das nach der Wahl noch halten?

Ich teile die Analyse von Hans Katzer, die Gemeinsamkeiten in der Deutschland- und Ostpolitik sind im Grunde verbraucht. Hier kann eigentlich nichts Positives mehr kommen, sondern hier werden jetzt die Preise präsentiert. Im Bereich der inneren Gesetzgebung wird dann noch der §218 vielleicht noch verbinden, aber was ich sonst sehe, müßte eigentlich kontrovers werden vom Haushalt über die Finanzen, über die Stabilität, über die Fragen der Marktwirtschaft, über die Fragen der Vermögensbildung. Hier sehe ich nicht mehr sehr viel Spielraum für Gemeinsamkeiten. Die Frage, die sich an uns jetzt stellt, die ist hier schon angesprochen worden, ich brauche nicht mehr viel zu sagen. Ich glaube, in dieser Phase können und dürfen wir Mitverantwortung für diese Politik nicht mehr übernehmen, sondern müssen unsere Distanz mit der gleichen Ruhe und Gelassenheit wie auch im Wahlkampf deutlich machen. Wir brauchen auch nichts von dem zurückzunehmen, was wir vor der Wahl und während des Wahlkampfes gesagt haben. Aber wir sollten der Regierung jetzt auch keinen Schritt weiter entgegenkommen.

Beim Grundvertrag würde ich sehr darum bitten, die rechtliche Substanz dessen, was noch da ist, sorgfältig zu prüfen. Ich meine, wir dürften auch hier jetzt Mitverantwortung für eine Sache, die wir nicht tragen können und für die sich die Folgen meines Erachtens in überschaubarer Zeit zeigen werden, nicht mehr übernehmen. Ich weiß, was das für den Bundesrat besonders bedeutet, aber hier muß man es deutlich überlegen. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Hoffnungen und Erwartungen, die geweckt worden sind bei der Bevölkerung und bei den Wählern, nicht erfüllt werden können, weil der Spielraum in den Ostblockländern eben sehr begrenzt ist und die finanziellen Forderungen sichtbar werden.

Ich kann mich der Grundanalyse von Herrn Köppler für Nordrhein-Westfalen anschließen. Auch das, was Herr Kaltefleiter gesagt hat, leuchtet mir nach einer ersten Durchsicht des Ergebnisses ein. Ich würde nur noch folgendes fragen zu dem, was mir im katholischen Bereich auffällt: Hat nicht das Kohleproblem hier eine Rolle gespielt? Das sind fast alle Kohlestädte, Aachen-Land, Heinsberg, Moers, Dinslaken, Tecklenburg, Beckum, Gelsenkirchen, Recklinghausen-Land, Bottrop, Gladbeck, Lüdinghausen, Wanne-Eickel, Herne, Castrop-Rauxel. Ja, Kohle! Und Sie können dann weitergehen in die Kohlekreise, wo Sie die gleiche Entwicklung haben. Wenn dem so ist, dann werden die Folgen und die Rückschläge schon in Monaten sichtbar werden. Es gibt kein Patentrezept für die Lösung des Kohleproblems. Hier haben wir durchaus eine Chance, wenn wir uns vernünftig und ruhig verhalten. Herr Kaltefleiter, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie vielleicht diese Frage mit einbeziehen würden, es scheint mir wie ein roter Faden durch die Wahlkreise zu gehen, die besondere Ergebnisse haben, auch mein eigener Wahlkreis.

Und ein letztes: Ich meine, wir sollten vor allem die Chancen sehen, die diese Wahlen und das Ergebnis dieser Wahlen uns bieten für die bevorstehenden Länder- und Bürgerschaftswahlen. Ich glaube, darauf müssen wir uns jetzt in erster Linie konzentrieren, und wir müssen gerade diese bevorstehenden Länder- und Bürgerschaftswahlen jetzt schon in unsere Strategie miteinbeziehen. Ich glaube, daß gerade diese strukturellen Probleme gute Ansatzpunkte bieten. Wir sollten also auf der Basis der Versprechungen der Regierung die Regierung festnageln. Ich befürchte, daß sie mit ihrer Regierungserklärung weit hinter dem zurückbleiben wird, was sie vor den Wahlen versprochen hat, den Vergleich damit anstellen, womit hat sie die Wähler gewonnen und was bietet sie in der Regierungserklärung tatsächlich. Ich sehe hier längerfristig durchaus sehr reale Chancen, unsere Basis zu konsolidieren und bei der nächsten Wahl einen Erfolg zu erzielen.

Dregger: Es ist eben über die Wirkung des harten Wahlkampfes diskutiert worden. Es hat sicherlich zu den Aktivposten unseres Wahlkampfes gehört, ebenso wie die Vermögenspolitik, ich möchte da doch einfach mal unseren Dank sagen. Eine zweite Bemerkung: Die Kritik an den Inseraten der Bürgerinitiativen war begründet, aber es hat auch gute gegeben. Ich möchte dringend davor warnen, daß wir jetzt den Mißerfolg auf diese Inserate zurückführen. Vor allem sollten wir es nicht nach außen tun, denn die Bereitschaft uns zu helfen, ist ohnehin nachlassend. Wir sind sehr darauf angewiesen, daß wir noch Hilfe finden. Bitte nur Kritik intern und nicht öffentlich nach außen.

Kaltefleiter: Die erste Frage, die wichtig erscheint, wurde gestellt, wie ist es vereinbar mit meiner These, daß das Bild der Partei seit 1969 im wesentlichen noch schlecht sei, mit den Erfolgen bei den Landtagswahlen. Ich glaube, diese These ist relativ leicht zu erklären und zwar aus folgendem Grund: Alle unsere Erfolge in den Landtagswahlen von 1970 bis 1972 wurden erzielt in einer Situation, wo die wirtschaftliche Situation von der Bevölkerung negativ beurteilt wurde. Baden-Württemberg war die letzte Basis, die noch deutlich Rendite zeigte bei einer negativen Beurteilung der wirtschaftlichen Situation.

Zu dem Argument von Herrn Dregger mit dem hart geführten Wahlkampf möchte ich nur bitten zu bedenken, daß die Wahlkampfstrategie eine Strategie war, die auf 49 % gehen mußte. Und es ging darum, zu den 45 %, die 1969 bekommen worden sind, weitere 4 % hinzuzugewinnen.

Es ist hier das Wort von den Brandt-Wahlen gefallen. Ich habe diesen Begriff bewußt vermieden in meinen Ausführungen und zwar nicht aus Höflichkeit oder aus Schonungsüberlegungen heraus, sondern weil ich ihn nicht glaube, trotz des einheitlichen Pressebildes. Das Image von Brandt, das müssen wir auch mit Nüchternheit heute feststellen, ist verwundbar. Daß sich diese Verwundbarkeit in dieser Bundestagswahl nicht durchgeschlagen hat, spricht nicht dagegen. Es ist verwundbar insbesondere in den Aspekten der konkreten Leistungserwartung. Das interessante ist, daß der Tatbestand dieser Aussage nie etwa vom Infra-Institut bestritten worden ist. Aber in dem Moment – da kommt jetzt das Argument mit den freien Wählerinitia-

tiven –, wo man Brandt als ehrlichen Deutschen angriff, erzielte man einen Solidarisierungseffekt, um seine Sympathie zu stärken. Und hier haben uns diese Wählerinitiativen z. T. geschadet. Wir haben Analysen, daß die Leute Mitleid mit Brandt gehabt haben. Man muß diesen armen Mann wählen. Aber, meine Damen und Herren, ich bitte Sie darum, bei allem Respekt vor den großen Erfolgen, die diese Koalition erzielt hat: Das ist nicht eine Brandt-Wahl, wo man aus Mitleid einen armen Mann gewählt hat. Ich glaube, das müssen wir auch bei aller Selbstkritik und bei aller Nüchternheit hier sehen. Er ist verwundbar, und darauf kann man aufbauen. Deshalb vermeide ich den Begriff Brandt-Wahl. Ich halte fest an meiner Formulierung, daß wir im Jahre 1969 die Situation hatten, daß das Bild von der CDU als einer bedingt leistungsfähigen Partei kompensiert wurde von dem damaligen Amtsinhaber und seiner allgemeinen Sympathie, zusammenhängend mit dem Respekt vor dem Amt usw. Dieser kompensatorische Aspekt fehlte in diesem Wahlkampf, er war auf der anderen Seite, wie Herr Kohl das formuliert hat, durch den Mantel des Amtsbonus, den Herr Brandt mit Eleganz getragen hat. Aber daraus will ich nun nicht die Schlußfolgerung ziehen einer Brandt-Wahl. Dieser Erfolg der SPD wie der FDP – ich wiederhole nochmal, man muß die beiden zusammen sehen – ist auch nur denkbar vor dem Image der SPD als einer durchweg leistungsfähigeren Partei, und dazu gehört eben die größere Glaubwürdigkeit. Das, was Sie, Herr Katzer und andere gesagt haben, daß man bestimmte Dinge der Opposition einfach nicht abnahm, gehört dazu. Und ich glaube deshalb, daß dort der Ansatzpunkt liegt für die Regeneration.

Ein letztes Wort noch zu diesen Wählerinitiativen. Ich würde sagen, es ist notwendig, Freunde, die dahinterstehen, als Meinungsführer zu nutzen. Aber sie haben in der Tat in den letzten 14 Tagen des Wahlkampfes verhindert, daß das Programm, das nach sorgfältigen Überlegungen der Bundespartei vorlag, als das Thema des Wahlkampfes sichtbar wurde. Wenn wir zwölf Anzeigen pro Tag haben, dann kann man nicht mehr sagen, daß unser Programm erkennbar war. Das muß man ohne Einschränkung feststellen. Hier haben wir eben nicht nur die Situation, daß auf der anderen Seite der Freundschaft erhebliche ökonomische Ressourcen vorhanden waren, sondern auch der festgefügte Glaube, daß man doch Politik genauso verkaufen könne wie bestimmte Markenartikel und daß all diejenigen, die sich berufsmäßig mit dem Verkauf von Politik beschäftigen, ganz große Dummköpfe sein würden. Diese Arroganz war vorhanden, und das, entschuldigen Sie, möchte ich an dieser Stelle hier auch ansprechen.

Amrehn: Die Diskussion scheint mir mehr und mehr jetzt dazu zu neigen, daß wir sachliche Schlußfolgerungen ziehen, die wir doch eigentlich erst ziehen dürfen, wenn wir objektive Unterlagen über die Motivforschung bekommen, die nun angestellt werden muß. Unsere eigene Erkenntniskraft heute erscheint mir mehr emotional zu sein und nicht stärker als am Sonnabend, als keiner von uns vorausgeahnt hat, daß die SPD so an uns vorbeiziehen würde. Ich will mich deswegen auf einige Feststellungen und dann allerdings auch auf Fragen beschränken, nach den Punkten, die nicht heute beantwortet werden sollen, die aber in dem, was Herr Kaltefleiter uns später vorlegt, behandelt werden sollten.

Mir ist gestern abend insbesondere aufgefallen bei der Berichterstattung, daß Frau

Noelle-Neumann¹⁶ um 21.00 Uhr zur Kommentierung ihrer Voraussage um 18.00 Uhr erklärt hat, der Trend, wie er nun am Wahlabend sichtbar wurde, sei überhaupt erst seit 14 Tagen eingetreten, davor war es anders. Wenn das zutrifft, was noch zu untersuchen ist, dann kommt es doch darauf an, nun mal herauszufinden, was war es in den 14 Tagen, war es der Grundvertrag oder etwas anderes? Aber alle anderen Überlegungen von Rente, Inflation, falscher Behandlung der Jugend usw., würden ja alle nicht mehr zutreffen, wenn es vor 14 Tagen tatsächlich anders aussah. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Punkt.

Zweiter wichtiger Punkt: Herr Kaltefleiter hat gesagt, mit unserer Partei sei die Kompetenz – oder andere sagen dafür vielleicht Image – verbunden geblieben bis gestern, von der besseren Fähigkeit, Wirtschafts- und Finanzfragen zu behandeln. Ich melde deswegen nur an, daß auch das geprüft werden muß, weil Dieter Gütt¹⁷ in einem Kommentar am Schluß gestern abend sagte, in der letzten Zeit sei diese Kompetenz für Finanzen und Wirtschaft der CDU verloren gegangen. Ich sage es nur, damit auch das noch einmal geprüft wird, was er aus irgendwelchen Zahlen herausgelesen hat. Und in wie hohem Maße diese Kompetenz wahlbestimmend ist, das möchte ich an Beispielen erläutern, die ich in Berlin erlebt habe. Brandt war schon drei Jahre Regierender Bürgermeister, dann hat die Berliner Bevölkerung auf die Anfrage, welcher Partei er angehöre, zu einem Drittel geantwortet: „Der CDU“. Der Mann, der jeden Tag auftritt, ins Fernsehen geht! Ein Drittel hat nach drei Jahren gesagt CDU, warum? Weil diese Politik des Freiheitskampfes, der Außenpolitik, die er vertreten hat, der Sicherheit, überhaupt nur von der CDU gemacht werden kann, dann muß er dazu gehören. Mit anderen Worten: Kann man eine Kompetenz, die eine Partei über lange Jahre mit sich getragen hat, durch einen kurzen Wahlkampf oder durch ein Einzelereignis verändern? Das ist uns, anders als es vielleicht der Freund Dregger sieht, in der Frage der Renten nicht gelungen. Es hat in der letzten Woche – nun sehe ich es wieder hauptsächlich aus Berlin, aber ich war ja auch drei Wochen unterwegs im Wahlkampf – dazu geführt, daß auf den Arbeitsämtern, wo die Rentennachzahlung ausbezahlt wurde, für „unseren Willy“ sich ein solch euphorisches Positivgefühl, und damit für die SPD, entwickelt hat, weil alle Soziallösungen kompetenzmäßig nur von der SPD kommen können. Das zweite Beispiel erspare ich mir, um das nicht noch zu belegen.

Das dritte ist: In Niedersachsen muß mir erklärt werden, der Landeswahlleiter habe mitgeteilt, bei den Kommunalwahlen vor 14 Tagen hätten 75 % der 18- bis 21jährigen in den Städten SPD gewählt. Das wäre natürlich ganz etwas anderes, als wir bisher eingeschätzt haben und könnte den Ausschlag gegeben haben.

Das vierte ist meine Frage danach, ob man überhaupt untersuchen kann, in welchem Maße die Art der Werbung, die großen Anstrengungen, die vielen Saalversamm-

16 Dr. Elisabeth Noelle-Neumann (geb. 1916), Meinungsforscherin; 1947 Mitgründerin und Leiterin des Instituts für Demoskopieforschung Allensbach, 1968–1983 o. Professorin an der Universität Mainz und Direktorin des Instituts für Publizistik.

17 Dieter Gütt (1924–1990), Journalist; 1967–1972 politischer Koordinator der ARD und Mitglied der Programmdirektion München. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1035 Anm. 58.

lungen, kleine und große, auf die Wählermeinung überhaupt Einfluß ausüben. Wir haben das Beispiel von Wischniewski und seinem Wahlkreis gehört. Setzen wir die Kräfte nicht besser an andere Stelle an? Und damit das anschaulicher ist, ich habe in einer Versammlung folgendes erlebt: Es trat auf – wie er sich selbst nannte – ein Prokurist einer bekannten Selbstbedienungskette. Und der sagt, er kann mit diesem abstrakten Satz, der da steht, nichts anfangen, wenn er es aus den Augen der Wähler sieht. Aber er wisse, daß in den letzten 18 Monaten der Preis des Rindfleisches nicht um 6,4 % gestiegen sei, sondern um 50 %, und er könnte noch mehr Beispiele aus der Lebensmittelbranche nennen. Warum haben wir nicht angeschrieben, Kilo Fleisch am 1. Januar 10 DM, am 30. Oktober 15 DM. Das hätten die Leute verstanden. (*Unruhe.*) Ich will ja nur sagen, daß ein Mann der praktischen Erfahrung, der nun allerdings Waren verkauft, gemeint hat, eine anschaulichere Plakatsprache würde stärkere Überzeugungen wecken.

Ein letztes: Es ist gestern und vielleicht auch heute ein bißchen angeklungen, als wäre in Bayern besser gewählt worden als bei uns. Das sieht zunächst so aus. Aber wir müssen doch zu dem Ergebnis kommen, daß FDP und SPD zusammen dort vier Mandate mehr bekommen haben und die CSU ein Mandat verloren hat. In dieser Relativität ist, glaube ich, auch das Ergebnis zu uns nur zu betrachten, und dann erscheint es gar nicht als so ein großer Unterschied. (*Unruhe.*)

Schwarz-Schilling: Ich möchte an das erste Wort von Herrn Amrehn anschließen. Ich glaube, es würde jetzt zu weit führen, hier Erklärungen abzugeben. Das soll man sehr sorgfältig analysieren. Es ist eine Vielzahl von Faktoren. Jeder ist immer wieder in Versuchung, irgendeinen Punkt herauszugreifen und zu meinen, das wäre es. Ich möchte nur hier ganz grundsätzlich sagen, ich glaube, wenn wir nüchtern dieses Ergebnis betrachten, so ist es ein Dreiklang von produktiven Ereignissen für die Koalition. Das eine sind die Tagesereignisse. Die letzten haben positive Sympathiewirkungen hervorgerufen, auch der Grundvertrag. Die Rentengeschichte war auch positiv, war nicht negativ gegen die SPD, in keinem Falle. Hat vielleicht der CDU nicht geschadet, aber der SPD noch viel weniger geschadet. Der zweite Punkt dieses Dreiklangs ist, daß die Grundsatzfrage Christlich-Demokratische Union – SPD im Moment in einer positiven Welle für die SPD ist. Und das dritte ist, daß diese Kanzlerprämie so zusammenfällt mit einer Sympathieausstrahlung für einen Friedensmacher, was glaubhaft dargestellt werden konnte.

Ich möchte sagen, daß eine Wahl natürlich vorwiegend nicht durch rationale Fragen entschieden wird, sondern sehr stark gefühlsmäßig. Daß bei der gefühlsmäßigen Beurteilung nicht das Denken, sondern die Erfahrung die erste ausschlaggebende Rolle spielt. Und unsere Politik, oder umgekehrt, die Warnungen, die wir vor dieser Politik haben anbringen müssen, sind noch nicht im Erfahrungsschatz des Wählers eingegangen. In der Außenpolitik z. B. ist ja das Negative noch nicht eingetreten. Man kann sich fragen, ob es besser wird, aber daß diese Ostpolitik jetzt schon zu einer Katastrophe geführt hätte, das kann keiner sagen. In der Wirtschaftspolitik genau das Gleiche. Auch da ist Erfahrung noch nicht durchgedrungen, sondern man sagt, na ja, vielleicht wird es gar nicht so schlimm, aber im Moment geht es uns ja so schlecht noch nicht. Die

wirkliche Konsequenz der heutigen Weichenstellungen kommt erst in den nächsten Jahren, ich würde sagen auf beiden Gebieten. Insofern ist also gerade für uns die Frage der Emotionen und des Gefühls negativ einzuschätzen. Übrigens ein Vergleich aus den Landtagswahlen: Dort, wo die Universitätsfrage zu einem Erfahrungsschatz der Bevölkerung geworden ist, hat sie Wirkungen gehabt. Siehe Frankfurt, siehe Marburg, siehe Gießen. Dort, wo es nicht erfahrungsmäßig belegt werden konnte, sondern nur als Konsequenz einer Entwicklung hingestellt werden konnte, die kaum wirkt, wenn das und das geschieht, siehe Bremen, hat es überhaupt keinen Einfluß gehabt. Da wird es dann sofort überspielt von anderen Faktoren, weil der Erfahrungsschatz der Bevölkerung fehlt.

Ich möchte also sagen, daß wir wahrscheinlich uns darauf einstellen müssen, daß erstens die Erfahrungen der Politik von heute erst morgen Wirkungen zeigen werden. Zweitens, daß immer zugunsten des Bestehenden geurteilt wird. Wir haben auch noch lange von der CDU gelebt, als sie – ich möchte mal nicht sagen – die großartige Partei gewesen ist. Anfang der 60er Jahre haben wir ja doch von den 50er Jahren gelebt, da wollen wir uns nichts vormachen. Und ich bin überzeugt, daß die SPD auch noch lange Zeit leben wird von einer Hoffnung, die sie jetzt vielleicht hervorgerufen hat, auch wenn sie nichts mehr hervorzubringen hat. Wir sehen das in Hessen ja sehr deutlich, da lebte sie auch in den ganzen 60er Jahren von ihren Erfolgen in den 50er Jahren, und jetzt beginnt in Hessen langsam das kritische Resümieren darüber, ist nun wirklich die Bildungspolitik bei der SPD das A und O oder ist sie es nicht? Jetzt beginnen diese Fragen, zehn Jahre später, nachdem falsche Weichen dort gestellt worden sind, überhaupt ins Bewußtsein einzutreten. Das führt mich zum dritten, daß wir nur mit einer ganz langfristigen Strategie handeln können. Ich möchte hier keinerlei Pessimismus verbreiten. Aber ich glaube, wir müssen uns darauf einstellen, daß es durchaus auch acht Jahre dauern kann, wenn es eben nicht vier Jahre dauert. Ich möchte das hier ganz offen und deutlich sagen.

Mit dieser Wahl ist viel entschieden worden. Und wenn das so ist, dann möchte ich doch eines sagen. Ich glaube, wir überschätzen etwas die Ereignisse im Deutschen Bundestag und unterschätzen etwas die Verzahnung der gesamten Politik draußen im Land. Ich glaube, das geht uns allen so, das geht uns auch im Landtag so. Da bin ich immer wieder dabei, das darzustellen und zu versuchen, darzustellen, daß wir uns freuen über eine gewonnene Redeschlacht. Es ist aber viel wichtiger, das nachzukarten in den spezifischen Berufsgruppen mit einem ganz klar programmierten Apparat und entsprechenden Persönlichkeiten, die in den Berufsgruppen verankert sind und dort das darstellen, was im Bundestag gelaufen ist. Was nur im Bundestag läuft, ist zu wenig, und die paar Fernsehdarstellungen können nicht eine ganze Periode in irgendeiner Weise außer Kraft setzen. Aus dieser Doppelstrategie fällt den Ländern natürlich eine riesige Rolle zu in den nächsten vier Jahren. Und zwar nicht nur den Oppositionsländern, sondern in ganz besonderer Weise auch den CDU-Ländern. Wenn wir nicht in der Lage sind, in diesen CDU-Ländern eine Imageveränderung herbeizuführen, in dem Sinne, daß man uns dort als zukunftsorientiert bestätigt, dann wird es für uns nur noch eine Frage werden, wann diese Länder abbröckeln und dann an einen Punkt

kommen, wo sie auch umschlagen. Wir sind dort in einer guten Position, weil das politische Gleichgewicht meistens dazu führt, daß eine gewonnene Wahl auf Bundesebene den Wähler in ein, zwei Jahren doch wieder kritisch werden läßt. Ich würde sagen, daß das einer der Hauptakzente unserer Politik sein muß, diese Basisarbeit jetzt kontinuierlich aufzubauen, damit wir eines Tages auch wieder die Spitze des Eisbergs für die Bundesebene sehen können und dann auf einer soliden Basis das machen, was der SPD in 20 Jahren gelungen ist. Die ist in diesen 20 Jahren bei allen Fehlentschlüssen, bei allen Fehlschlägen auf der Bundesebene, konsequent auf der unteren und mittleren Ebene vorangeschritten und hat nun, nachdem sie das Oben erreicht hat, eine Strukturpositionierung, die die CDU nie gehabt hat. Und jetzt gehen wir den gleichen Weg nach. Auf der kommunalen und auf der Landesebene. Das ist ein ganz langer, harter Weg. Deswegen möchte ich sagen, ist die Arbeit auf der Landesebene heute bei ihrer Positionierung von mindestens, wenn nicht fast noch von größerer Bedeutung für künftige Bundestagswahlen.

VERSCHIEDENES

Barzel: Meine Damen und Herren, wir haben im Augenblick keine weiteren Wortmeldungen. Es ist kurz nach 13.00. Wir hatten vorgesehen, zusammen zu Mittag zu essen. Wird das Wort noch gewünscht? Darf ich dann zunächst fragen, ob eine Sitzung dieses Parteivorstandes über den normalen Ablauf in diesem Jahr noch für besonders dringend gehalten wird? Das muß dann wahrscheinlich so zwischen dem 17. und 20. Dezember sein. (*Unruhe und Diskussion.*) Ich überlege jetzt gerade, vorhin wurde gesagt, im Präsidium, Herr Stoltenberg, daß wir am 4. Dezember Präsidium machen wollen, den ganzen Tag, weil wir ja da auch den Grundvertrag erörtern müssen. Jetzt brauchen wir natürlich auch für den Vorstand irgendeinen Termin. (*Unruhe.*) Ja, die Frage ist, das ist heute morgen nicht bedacht worden. Wir gehen davon aus, daß Brandt am 8. Dezember in Ost-Berlin unterschreibt. Dann braucht man das Parlament auch nicht zu brüskieren. Aber an dem Tag müssen wir natürlich den Mund aufmachen. Und wenn wir dann den Mund aufmachen, scheint das Präsidium allein nicht zu genügen. (*Unruhe.*) Also, ich versuche für den 4. Dezember nachmittags den Bundesvorstand einzuberufen. Nun kommt es auf eines an, wenn ich das am Schluß noch sagen darf, wir sind natürlich alle etwas unausgeschlafen heute. Wenn wir jetzt rausgehen, für die Journalisten sind wir die entsprechenden Opfer! Also, 4. Dezember nachmittags Vorstand. Ich schließe die Sitzung.